

Unsere Welt

Aus dem Inhalt

Der Lucens-Gau: Gespräch mit Peter Beutler	2
UNO vor dem Aus? Andreas Zumach bei der SFB	3
Brasilien: Kolonialverwaltung gewählt	4
Buchbesprechung: «Meinst Du, die Russen wollen Krieg?»	5
Tagung des Weltfriedensrates: Schlusscommuniqué	6
INF-Vertrag: Willkommen zurück in den Achtzigern	7
Venezuela: Wir wollen Frieden	8

Weltfriedensrat in Damaskus

Solidarität mit Syrien

Vom 27.–28. Oktober 2018 lud der Weltfriedensrat (WFR) zur Tagung seines Exekutivkomitees sowie – gemeinsam mit dem Weltbund der demokratischen Jugend (WBDJ) – zu einer anschliessenden dreitägigen «Solidaritätsmission» mit Syrien in die syrische Hauptstadt Damaskus ein. Gastgeber waren die Nationale Bewegung der Friedenspartisanen Syriens und die Nationale Union Syrischer Studenten. Jonas Jäggi vertrat die SFB an beiden Anlässen.

Von Jonas Jäggi

Schon bei Ankunft an der syrisch-libanesischen Grenze wird klar, dass wir nicht wie normale Besucher behandelt werden. Man führt uns in eine separate Lounge, während die Einreiseformalitäten für uns erledigt werden. Die syrische Hauptstadt vermittelt abgesehen von zahlreichen Militärcheckpoints und starker Polizeipräsenz den Eindruck weitgehender Normalität. Das Verkehrsaufkommen ist gross, auf den Strassen geschäftiges Treiben vor vollen Geschäften und Marktständen. Einige drehen verwundert die Köpfe nach unserem Konvoi, der sich, stets von einer Polizeieskorte begleitet, von Hotel zu Kongressorten, offiziellen Stellen und Restaurants seinen Weg durch den dichten Verkehr bahnt. Am zentralen Kreislauf prangt unübersehbar eine Kampagne zur Brustkrebsprävention, welche Frauen dazu auffordert, sich zur Früherkennung zu melden – nicht gerade was man in einem von sieben Jahren Krieg gebeuteltes Land, das Hunderttausende von Opfern zu beklagen hat, als erstes erwartet.

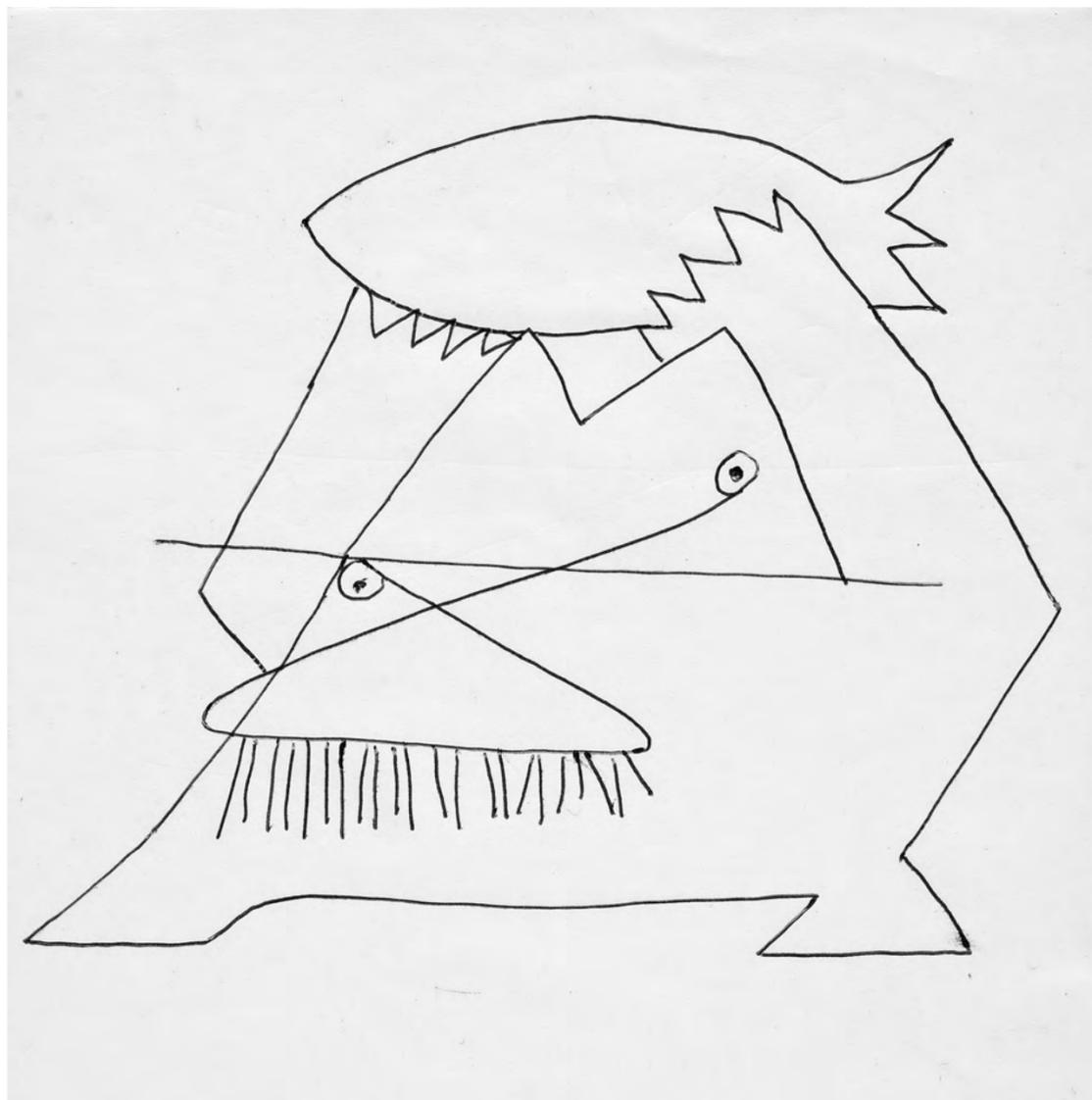
Beinahe jedes Garagentor ist in den Nationalfarben angestrichen und Portraits von Präsident Assad sind allgegenwärtig, sowohl an offiziellen Stellen, wie den Militärcheckpoints, als auch in zahlreichen Schaufenstern von Geschäften. Was wir über den Präsidenten vernehmen, ist kaum anderes als offene Verehrung. Ihm und der syrischen Armee, der Armee des Volks – da sie sich aus Wehrpflichtigen zusammensetzt – habe man den

Sieg über die terroristischen Söldner zu verdanken. Wir hören viel von diesem «Sieg», obwohl weite Teile des Landes noch immer in der Hand dschihadistischer Gruppierungen sind. Der bisherige Erfolg sei auf den starken Rückhalt zurückzuführen, den Armee und Regierung in der Bevölkerung geniessen. Immer wieder wird herausgestrichen, wie die zahlreichen Amnestieerlasse der Regierung Assad im Rahmen einer Politik der Versöhnung es Tausenden von regierungsfeindlichen Kämpfern ermöglichten, ihre Waffen abzugeben und ins zivile Leben zurückzukehren oder sogar die Regierungsseite im Kampf zu unterstützen.

WFR-Tagung

Die Aufmerksamkeit, die uns und dem Weltfriedensrat von syrischer Seite entgegengebracht wird, ist überwältigend. Die zwei Tage dauernde Sitzung des Exekutivkomitees wird ständig von Filmkameras begleitet. Nacheinander wird auch jede(r) der 56 Delegierten aus 28 Ländern mindestens einmal vom syrischen Fernsehen interviewt. Nach den ausführlichen Lagebeurteilungen von Präsidentin Socorro Gomez und Generalsekretär Thanassis Pafilis berichten die Koordinatoren (Kuba, Nepal, Palästina, Portugal und Südafrika) für die fünf Weltregionen, sowie nacheinander auch die Delegierten aller vertretenen Länder von ihrer Arbeit, ihren Positionen und Einschätzungen. Für den auf Basis der Regionalberichte erstellten Entwurf der Abschlusserklärung

Fortsetzung Seite 6



«Zorniger Schweizer Atombombenwerfer», schrieb der Schweizer Dramatiker und Autor von «Die Physiker», Friedrich Dürrenmatt, in den 60er Jahren unter seine Skizze. Bildnachweis: Centre Dürrenmatt Neuchâtel

Tanz mit der Bombe

Der ewige Flirt

Am 21. Januar 1969 ereignete sich zwei Kilometer südwestlich des Waadtländer Städtchens Lucens ein schwerwiegender Atomunfall. Es war das gravierendste Reaktorunglück, das die Schweiz bislang heimsuchte.

Von Peter Beutler

Die Bewohner bemerkten zunächst nichts davon. Die Katastrophe geschah in einer Kaverne, hundert Meter tief in einem Felsen. Trotzdem konnte nicht verhindert werden, dass die Umgebung der Anlage radioaktiv verstrahlt wurde. Was nach Tschernobyl weltweit Schlagzeilen gemacht hätte, blieb damals weitgehend unbeachtet. Die Angst vor einer radioaktiven Verstrahlung war Ende der 1960er Jahre durchaus ein Thema, doch dachte man dabei an einen Atomkrieg mit einem klar ausgemachten Feind: die Sowjetunion mit ihrem unheilswangeren Nuklearwaffenarsenal. Es war die Zeit des Kalten Kriegs.

(...) Als man Ende der 1950er Jahre den Entschluss fasste, eine atomare Spielwiese in Lucens einzurichten, stand keineswegs – wie behauptet wurde – eine autarke Energieversorgung im Vordergrund. Die Strategien

der schweizerischen Landesverteidigung – hohe Militärs, Politiker des rechtsbürgerlichen Spektrums und namhafte Industrievertreter – hatten dabei nur eines im Auge: Wie kommt die Schweiz zu Atombomben? Kaufen konnte man sie nicht. Es wurde zwar versucht. Dazu klopfen hohe Schweizer Offiziere beim Kreml an, um an diese Waffe zu gelangen. Die Dreistigkeit, die sie dabei an den Tag legten, war grotesk. Als Trägergeräte entschieden sie sich für den französischen Hochleistungsjet Mirage. Diese Maschinen könnten – so sinnierten sie – bis nach Moskau fliegen, dort ihre Bombenlast abwerfen und wieder in unser Land zurückkehren, ohne zwischendurch aufzutanken. Aus diesem Deal wurde nichts.

Um sich die nuklearen Wunschträume dennoch zu erfüllen, blieb der Schweiz nichts anderes übrig, als die Bombe selbst zu bauen. Doch der dafür geeignete Rohstoff Plutonium war

nicht käuflich. Auch den musste man in Eigenproduktion herstellen, möglichst aus einem Rohstoff, der einfach zu beschaffen war oder vielleicht sogar in der Schweiz vorkommt. Aus Natururan wäre das zu machen. Über einen schwerwassermoderierten Reaktor, mit dessen abgegebener Wärme eine Dampfturbine zur Stromgewinnung betrieben werden kann, entsteht als Nebenprodukt der Nuklearsprengstoff Plutonium. Solche Reaktoren existierten bereits seit 1945 in den USA und seit 1946 in der Sowjetunion.

Atom Müll im Visier

Ende der 1950er Jahre gab es mehrere Länder mit abbauwürdigen Uranvorkommen. Die im Alpenbogen vermuteten Vorräte erwiesen sich allerdings als so spärlich, dass Uran daraus nur unter immensem Aufwand zu gewinnen gewesen wäre. Das zeichnete sich bereits anfangs der 1960er Jahre ab, als man in Höhlen, Stollen und Tunneln von insgesamt mehreren hundert Kilometern Länge danach suchte. Damit war die Aussicht vom Tisch, die Schweiz, zumindest was die Elektrizität betraf, grösstenteils mit Eigenenergie zu versorgen. Für die Promotoren der Atomwaffen war das kein

Fortsetzung Seite 2

Ohne dich und dich – keine UW!

UNSERE WELT ist auf deine Unterstützung angewiesen!

Durch den jährlichen Mitgliederbeitrag, ein Abonnement oder eine Spende unterstützt du unsere Arbeit und vor allem die Produktion und Herausgabe dieser Zeitung. Vielen Dank!

Dieser Ausgabe der UW liegt ein Einzahlungsschein bei. Öffne dein Herz – und dein Portemonnaie...

Alternativ: Rund um die Uhr und kostenlos kannst du uns auch bei einer Online-Überweisung berücksichtigen:

PC: 40-1627-7
IBAN: CH72 0900 0000 4000 1627 7
BIC: POFICHBEXXX

Fortsetzung von Seite 1

Der ewige Flirt...

Problem. Ihnen ging es ja nicht um die Betreibung eines sich rechnenden Kernkraftwerks. Allein von Interesse war der strahlende Atommüll in Form des Elements Plutonium.

Die den Bau des Atommeilers von Lucens vorantreibenden Militärs, Industriellen und Nuklearwissenschaftler waren sich bewusst, dass sie Regierung, Parlament und Volk hinter Licht führten. Denn offen eingestehen, dass es dabei um die Produktion von Nuklearwaffen ging, konnten sie aus zwei Gründen nicht. Erstens: Die USA hatten den Verantwortlichen in der Schweiz unmissverständliche Signale gesendet. «Sollte es euch einfallen, Atombomben zu bauen, werden wir der Schweizer Armee keine Ersatzteile mehr liefern.» Waffen, Fahrzeuge und ein Teil der Flieger stammten grösstenteils aus Amerika. Zweitens: Wäre nicht der verschleierte Weg eingeschlagen worden, hätten die horrenden Kosten des geplanten helvetischen Atomprogramms schon von Anfang an transparent gemacht werden müssen. Ein Aufschrei der Bevölkerung wäre unvermeidlich gewesen. Die Projektstudien wären schon vor dem ersten Spatenstich im Juli 1962 zu Makulatur geworden.

Im Sommer 1961 kam es zur Gründung der «Nationalen Gesellschaft zur Förderung der industriellen Atomtechnik», NGA, eines Konsortiums aus zweiundzwanzig Industrieunternehmen unter Mitbeteiligung des Bundes. Die beiden Kammern des Parlaments beschlossen eine Kostenbeteiligung der Eidgenossenschaft am Projekt Lucens von fünfzig Millionen Franken. Ein Betrag, der hochgerechnet heute eine halbe Milliarde betragen würde. Die Leistung des Bundes sollte fünfzig Prozent des Gesamtaufwandes nicht übersteigen.

Rückzug der Stromkonzerne

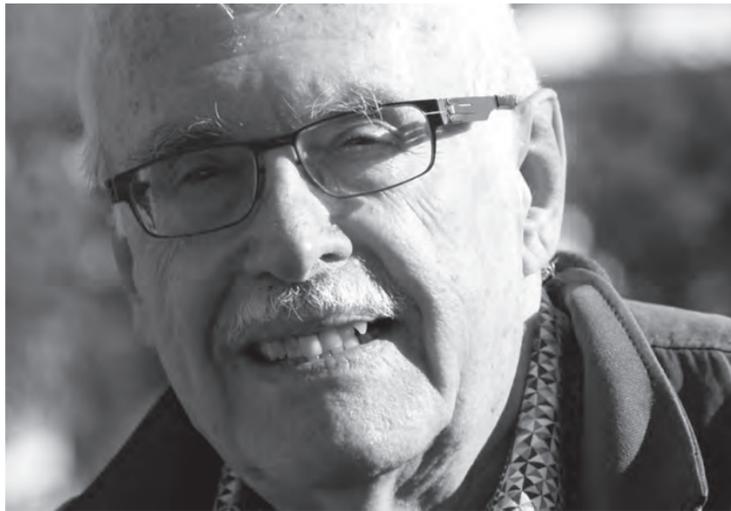
Bereits ein Jahr nach Baubeginn zeichnete sich ab, dass die Versuchsanlage nicht wie vorgesehen im Sommer 1965 in Betrieb genommen werden konnte, sondern frühestens 1967. Es liess sich auch nicht mehr verheimlichen, dass die Kosten mindestens doppelt so hoch als anfänglich veranschlagt sein würden.

1963 platzte mitten in eine Sitzung des Verwaltungsrates der NGA eine Hiobsbotschaft. Die Nordostschweizer Kraftwerke, NOK, planten, in Beznau ein schlüsselfertiges amerikanisches Atomkraftwerk auf Basis eines Leichtwasserreaktors zu bauen. Dieser Reaktortyp wird mit Uran-238, das in Natururan zu 0,7 Prozent vorkommt, betrieben. Solches Uran musste von den USA gekauft werden. Es selber anzureichern wäre aus Kostengründen und fachtechnischen Gründen für die Schweiz nicht machbar gewesen. Wenig später liessen weitere Elektrizitätsgesellschaften erkennen, dem Beispiel der NOK folgen zu wollen. Damit war die eigentliche Zielgruppe der schweizerischen Reaktortechnik aus dem Projekt ausgestiegen, lange bevor das Werk in Lucens ans Stromnetz gehen konnte.

(...) Nach dem Quasi-Ausstieg der grossen Stromkonzerne war es keine Frage mehr, dass Lucens nie rentabel sein konnte. Trotzdem stoppte man das Vorhaben nicht, weil wohl in den Hinterköpfen immer noch die helvetische Nuklearbombe herumgeisterte.

Mirage-Skandal

Im Mai 1964 beantragte der Bundesrat einen Nachtragskredit von über einer halben Milliarde Franken für die Beschaffung des Hochleistungskampfflugs Mirages. Schweizer Atomwaffen waren nur denkbar mit der kostenverschlingenden Mirage. Eine Alternative gab es nicht. Dass sich innert drei Jahren die Aufwendungen dafür nahezu verdoppelt hatten – im Juni 1961



Der 76jährige Naturwissenschaftler und Krimiautor Peter Beutler. Foto M. Schwander

stimmte das Parlament dem Kauf von Mirages zu und bewilligte einen Kredit von achthunderteinundsiebzig Millionen Franken –, schluckten weder der National- noch der Ständerat. Statt auf die Regierungsvorlage einzutreten, beschlossen die Räte, zum ersten Mal in der Geschichte des Eidgenössischen Bundesstaates eine parlamentarische Untersuchungskommission, PUK, einzusetzen. Deren anfangs September veröffentlichter Bericht fiel verheerend aus. Es war offensichtlich: Das Militärdepartement hatte den Bundesrat, das Parlament und die Öffentlichkeit getäuscht. Sowohl der Generalstabschef wie der Kommandant der Luftwaffe wurden ihres Amtes enthoben. Auch im zivilen Kader des Militärdepartements kam es zu einem Köpferollen. Von den vorgesehenen hundert Jets wurde letztendlich kaum mehr als ein Drittel gekauft, zu wenig, um Nuklearwaffen in Kampfeinsätzen zu transportieren. Der Traum einer Schweizer Atombombe war ausgeträumt. Das zunehmend stotternde Bauperioden durchlebende Projekt Lucens hatte jeden Sinn verloren. Trotzdem wurde es nicht aufgegeben.

Lucens wurde mit Bundesmitteln fertig gebaut. Man nahm sich vor, das Werk nach einer zweijährigen Betriebsdauer wieder stillzulegen.

Die angekündigte Katastrophe

Anfang 1968 ging es zum ersten Mal ans Netz. Es kam zu Pannen. Der Reaktor musste im November 1968 heruntergefahren werden. Die Revisionsarbeiten zogen sich über Monate hin. Am frühen Morgen des 21. Januar 1969 wurde wieder gestartet. Um siebzehn Uhr fünfzehn ereignete sich die Katastrophe. Ein Brennelement begann zu schmelzen. Es kam zu einer Knallgasexplosion in der Reaktorkaverne, die alles zerstörte, was sich darin befand. Obwohl die Panzertür des Raums nach dem Knall automatisch schloss, konnte nicht verhindert werden, dass sich Radioaktivität in die anderen Kavernen ausbreitete. Im Kommandoraum musste mit Schutzmasken gearbeitet werden.

Stunden später wurde auch ausserhalb des Werks eine erhöhte Radioaktivität gemessen. Die Werte wurden geheim gehalten. Sie seien unbedenklich, war einem Communiqué der Strahlenschutzbehörde zu entnehmen.

Wie fragwürdig solche Verlautbarungen waren, kam erst zwei Jahrzehnte später an die Öffentlichkeit, als eine Gruppe von AKW-Gegnern sich dafür zu interessieren begann, wie hoch die Verstrahlung Ende der 1980er Jahre in der Umgebung des stillgelegten Kraftwerks wirklich war. Und tatsächlich, es gab damals Hotspots ausserhalb der Umzäunung der Anlage mit einer Strahlendosis von vierzig Millisievert pro Jahr. Die tolerierbare jährlich aufgenommene Dosis von Mitarbeitern in Labors, die mit radioaktiven Substanzen arbeiten, ist auf zwei Millisievert pro Jahr fest-

gesetzt. Wie hoch war sie nach dem Unfall 1969 in der Gegend von Lucens wohl gewesen? Das lässt sich nicht genau hochrechnen, aber mit Bestimmtheit war sie um ein Vielfaches höher als die natürliche Radioaktivität. Hinweise, dass Personen nach der Kernschmelze in Lucens strahlenkrank wurden, gibt es keine. Doch wenn zwanzig Jahre nach dem Unfall in der Umgebung des Versuchskraftwerks immer noch Stellen mit der zwanzigfachen natürlichen Dosis gefunden wurden, ist davon auszugehen, dass diese im Januar 1969 hundert- bis zweihundertmal höher lagen. Ist die Dosis höher als das Fünzigfache des natürlichen Werts, besteht für die Betroffenen ein erhebliches Risiko, an Krebs zu erkranken. Eine Statistik, aus der die Krebssterblichkeit von Lucens und Umgebung hervorgeht, gibt es bis heute nicht.

Noch Monate nach dem 21. Januar 1969 war es nicht möglich, die Kavernen von Lucens zu betreten. Man behalf sich mit ferngesteuerten Kameras und Messgeräten. Die Reaktorkaverne wurde mit Beton aufgefüllt. Darin befindet sich immer noch hoch kontaminiertes Material, das sich in den Minuten nach der Kernschmelze gebildet hat. Es wird noch über Millionen Jahre lebensbedrohlich strahlen.

Ausserhalb der Reaktorkaverne musste alles dekontaminiert und abmontiert werden. Die Kosten betragen fünfundsiebzig Millionen Franken. Das war in den 1970er Jahren. Heute wären es über hundert Millionen.

Seit der Jahrtausendwende dient die Anlage von Lucens als kulturelles Zentrum.

(Auszug aus dem Nachwort von Peter Beutler zu seinem Kriminalroman «Der Lucens-Gau», Emons-Verlag 2018. Zwischentitel Redaktion UW. Mit freundlicher Genehmigung des Autors.)



Peter Beutler, *Der Lucens-GAU*, Broschur, 368 Seiten, Emons-Verlag, Köln 2018, ISBN 978-3-7408-0432-9. Erhältlich bei Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel, Tel. 061 261 02 89; buecherwaser@bluewin.ch oder in jeder andern Buchhandlung.

Heisses aus dem Kalten Krieg

Der Lucens-Gau

Der Berner Krimi-Autor Peter Beutler legt in seinem neusten Doku-Thriller den Fokus auf ein ebenso skurriles wie wahnwitziges Projekt der eidgenössischen Militär- und Atomlobby aus der Blütezeit des Kalten Krieges und zieht dabei Erzählstränge vom Zweiten Weltkrieg bis zur nuklearen Katastrophe von Fukushima.

Von Martin Schwander

Nicht von ungefähr nennt der Berner Oberländer den deutschen Schriftsteller Wolfgang Schorlau als eines seiner Vorbilder. Wie Schorlau gelingt es Beutler in seinen Büchern immer wieder auf hervorragende Weise, brisante Themen aus der realen Welt wohl dokumentiert in hochspannende, flüssige Fiktion zu übertragen und damit einem breiten Publikum zugänglich zu machen. Dass er dabei stets auch an scheinbaren Wahrheiten rüttelt, angebliche Tatsachen hinterfragt und auf Ungereimtes hinweist, ist nur eine weitere Parallele zu seinem deutschen Vorbild.

Ging es etwa im «Berner Münstersturz» um den Fall Jeanmaire, in «Hohle Gasse» um prügelnde Luzerner Polizeioffiziere, in «Weissenau» um einen Mord in der Oberländer Fascho-Szene und in «Morgarten» um Bankdaten und den zweifelhaften Suizid eines Häftlings in einem Berner Gefängnis, greift der promovierte Physiko-Chemiker und ehemalige Seminar- und Gymlehrer Beutler mit «Lucens-Gau» ein Thema auf, das er von seiner Ausbildung her bestens kennt: Die Entwicklung der Atomphysik hin zur Nutzung von nuklearer Energie im militärischen und zivilen Bereich, die Geschichte der schweizerischen Versuchsreaktoren über Würenlingen bis Lucens und deren militärische Implikationen.

Armee als Inspirator

«Ich kannte das Labor von Würenlingen durch eigene Versuche während meiner Ausbildung und wäre nach Uni-Abschluss fast dort gelandet», sagt uns Peter Beutler im Gespräch. «Ich konnte mir also ein Bild machen, was dort so läuft. Vor zwei Jahren wurde ich von einem Berufskollegen, der in den 60iger Jahren in Würenlingen tätig war, auf die Geschichte um den Versuchsreaktor von Lucens hingewiesen. Er sagte mir: Du musst Dir bewusst sein, es ging damals um die Atombombe. Ich erhielt über 3 Gigabyte Informationen, Fachliteratur etc. und begann zu recherchieren und Hintergrundinformationen zu sammeln.»

Lange wurde verheimlicht und danach vehement bestritten, dass die Armeeführung die eigentlichen Impulse gab, einen Atomreaktor «Made in Switzerland» zu entwickeln. Der Historiker Tobias Wildi, beispielsweise, der sich in seiner Dissertation «Der Traum vom eigenen Reaktor» mit der Geschichte von Lucens beschäftigte, kam zum Schluss, man habe mit dem Versuchsreaktor ein «Atom-Réduit» schaffen wollen. «Das war auch die einzige Einflussnahme des Militärs, das sonst nichts mit diesem Projekt zu tun hatte», gab er noch 2011 der deutschen «Zeit» zu Protokoll.

«Das stimmt schlicht nicht, das ist einfach nicht wahr», meint Peter Beutler dazu. «Lucens war ein Reaktor mit Natur-Uran und hätte als Spaltprodukt das für die Atombombe notwendige Plutonium geliefert. Genau an dieses Nebenprodukt wollte man kommen. Die Franzosen haben mehrere solche Atomkraftwerke und verwenden das anfallende Plutonium für ihre Bomben. So war es in Lucens: Man wollte den Abfall, und nicht das Produkt Energie. Energetisch hätte es auch nichts gebracht: 1964 haben die USA der Schweiz bereits schlüsselfertige AKWs angeboten, die von der Energieproduktion her viel interessanter waren. Mit ihnen wäre es

aber wegen der strengen Kontrolle nicht möglich gewesen, angereichertes Uran zur Seite zu schaffen für die Waffenproduktion. Die Bedingung der USA war: Ihr verzichtet auf eigene Kraftwerke und damit auf die Atombombe.»

Zwar habe der Bundesrat 1964 verkündet, die Atombombe sei keine Option mehr. Trotzdem sei an Lucens weiter gearbeitet worden. «Lucens wurde weiterlaufen gelassen, obwohl es dauernd Pannen gegeben hat und es eigentlich schon absehbar war, dass daraus nichts wird. Aber in den Hinterköpfen der Militärs war halt, dass auch bei kurzer Betriebsdauer ein wenig Plutonium herauszuholen wäre. Generalstabschef Annasohn war einer der Hauptpromotoren, all jene, die den Kauf der Mirages vorangetrieben hatten, das Flugzeug, das fähig gewesen wäre, die Bombe bis nach Moskau zu tragen...» Die Industrie hätte sich weitgehend schon zurückgezogen und jene, die bei der Stange geblieben seien, hätten dies nur wegen dem sonst drohenden Wegfall von andern lukrativen Aufträgen des Bundes gemacht. «Auch was die Wissenschaftler angeht, war nurmehr die zweite Garde dabei», betont Peter Beutler. «Die haben es tatsächlich fertiggebracht, dass 1968 der Reaktor zu laufen begann, drei Monate lang, dann musste er wieder abgestellt werden wegen Wassereintrüben und wurde umgebaut. Natürlich gab es auch immer wieder warnende Stimmen, wie in meinem Roman der Insider Meichtry, trotzdem erteilte der Bund schliesslich die definitive Betriebsbewilligung, etwas das er nie hätte machen dürfen. Beim erneuten Hochfahren dann gab es eine Kernschmelze, alle andern Erklärungen sind Unsinn. Es passierte im Kleinen, was dann in Fukushima passiert ist.»

Absurder Bundesrat

Er schreibe gegen die Gleichgültigkeit und für die Menschlichkeit, meint der Alt-68er aus dem Kleinbauern- und Arbeitermilieu des Berner Oberlandes. «Ich will mit dem Lucens-Buch wirklich etwas bewirken. Es geht darin ja auch um die Gefährlichkeit der Atomkraftwerke.»

Dass heute der Bundesrat in Sachen atomarer Rüstung erneut laviert und sich weigert, das Internationale Atomwaffenverbot zu unterzeichnen und zur Ratifizierung vorzulegen, findet Peter Beutler absurd und völlig daneben. «Das ist der Einfluss von Maurer und der gestärkten Rechten, mit FDP und SVP, dieses alte Denken, das durchbricht. Es ist skandalös, dass man immer wieder davon anfängt und eine Riesengefahr.» Mit seinem Lucens-Thriller möchte der SP-Gemeinderat von Beatenberg nicht zuletzt auf diese Gefahr hinweisen: «Ich möchte die Bevölkerung daraufhin sensibilisieren, dass wenigstens wir in unserem Land klar sagen: Wir distanzieren uns von der Bombe. Ein Schritt dahin wäre die Ratifizierung des Atomwaffenverbots. Wenn die Schweiz nicht mitmacht, hätte das eine fatale Signalwirkung.»

Gegen die Weisswäscherei

Bereits hat Peter Beutler sein nächstes Buch in Bearbeitung. Mit dem Arbeitstitel «Der Bunker von Gstaad» beschäftigt er sich mit der Geheimarmee P-26. «Ich will einen Kontrapunkt setzen zur skandalösen Weisswäscherei, die mit diesem Thema gegenwärtig betrieben wird.»



Der Kölner Journalist und Buchautor Andreas Zumach am 21. September 2018 in Basel. Foto Wanitsch

Andreas Zumach bei der SFB

UNO vor dem Aus?

Am 21. September 2018, dem UNO-Weltfriedenstag, sprach in Basel auf Einladung der Schweizerischen Friedensbewegung der UNO-Korrespondent Andreas Zumach über Unzulänglichkeiten und Chancen der Vereinten Nationen.

Von Martin Schwander

Dass man sich überhaupt die Frage stellt, ob die UNO vor dem Aus steht, habe handfeste, ja traurige Gründe, meinte der langjährige UNO-Korrespondent verschiedener Tages- und Wochenzeitungen und Autor des Buches «Globales Chaos, machtlose UNO» einleitend. «Der Grund ist wohl, dass die Wahrnehmung bei ganz vielen Menschen in den letzten Jahren immer mehr zugenommen hat, dass die UNO tatsächlich eine ziemlich wirkungslose und vielleicht dann auch überflüssige, viel zu teure Angelegenheit geworden ist.»

Angesichts der Machtlosigkeit, welche die Weltorganisation in vielen Konflikten der letzten Jahre an den Tag gelegt hat, zeigt Andreas Zumach Verständnis für diese Wahrnehmung, ist gleichzeitig jedoch auch klar der Meinung, dass die UNO alles andere als überflüssig geworden ist. «Das Scheitern der UNO ist in jedem Fall ein Versagen seiner Mitgliedsstaaten und nicht jenes des UNO-Generalsekretärs oder der Menschen, die in Genf und New York bei der UNO angestellt sind.» Zumach erinnerte daran, dass die Regierung von Donald Trump systematisch versuche, die UNO zu schwächen und kaputt zu machen, indem sie nicht nur die US-amerikanische Finanzhilfe um fast 1 Milliarde US-Dollar reduziert, sondern gleich auch alle US-amerikanischen Haushaltsmittel für das Flüchtlingswerk der Palästinenser, die UN-WRA gestrichen hat. «Dass die USA bis anhin einen überproportional hohen Anteil an den Pflichthaushalt der UNO geben mussten, verschärft natürlich die Situation noch und ihre Kürzungen führen dazu, dass sich auch andere Staaten nicht mehr derart gebunden fühlen, ihren finanziellen Verpflichtungen gegenüber der UNO nachzukommen.»

Handlungsfähigkeit stärken

Unbestritten ist, dass die UNO Reformen braucht. «Der Reformbegriff ist jedoch sehr ambivalent und wir müssen klar sagen, was wir damit meinen. Washington spricht seit 30 Jahren von Reformen und meint damit abspecken, schlanker machen, der UNO möglichst viel Kompetenzen wegnehmen. Ich setze dem einen Reformbegriff entgegen, der darauf abzielt, die Handlungsfähigkeit der UNO zu stärken und zwar zum einen, was laut Charta ihre Grundauf-

gabe ist, nämlich Gewalteskalationen zu verhindern und nach politischen Lösungen zu suchen, wenn Gewalt trotzdem ausgebrochen ist, und zum anderen, die von uns so bezeichneten globalen Herausforderungen wie die globale Erwärmung, der religiös gerechtfertigte Terrorismus, das Verbot sämtlicher Massenvernichtungswaffen, die grenzüberschreitende Kriminalität usw. zu bewältigen.»

2005 hat der damalige UNO-Generalsekretär Kofi Annan an der UNO-Generalversammlung den bis anhin vollständigsten Plan für eine Reform der UNO vorgelegt, laut Zumach «eine umfassende Blaupause von 101 Einzelpunkten, von denen bis heute die allerwenigsten von den Mitgliedsstaaten umgesetzt worden sind.»

Der 101-Punkte-Plan

Kofi Annan ging es zunächst darum, dass die UNO-Mitgliedsstaaten die existierenden UNO-Konventionen unterzeichnen und ratifizieren. «Da gibt es erhebliche Lücken», unterstrich Zumach. «Die USA beispielsweise haben den Menschenrechtspakt von 1966 über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte bis heute nicht ratifiziert. Auch unter dem Verbot der Streumunition fehlen weiterhin die Unterschriften der USA, Russlands, Chinas, Pakistans und Israels. Die Regierung Deutschlands ihrerseits weigert sich bis heute, die Konvention zur Migration über die Rechte der Wanderarbeiter zu unterzeichnen. Auch die Schweiz hat nicht alles, was an gültigen internationalen Verträgen existiert, unterzeichnet und auch ratifiziert.»

Annan drängte zudem darauf, dass die Staaten das von ihnen verbindlich Eingegangene endlich auch umsetzen würden und er wies schliesslich auf die weissen Flecken hin, wo internationale Verträge noch ausgehandelt werden müssten, wie etwa im Bereich der Rüstungskontrolle.

In einer zweiten Kategorie von Reformen ging es Kofi Annan um die strukturelle Erneuerung des UNO-Systems. Voraussetzung dazu wäre nach Meinung von Andreas Zumach zunächst eine Bereinigung der Aufgaben, die sich die UNO im Laufe ihrer Existenz gegeben hat: «Da ist einiges bereits historisch erledigt, was heute immer noch Ressourcen frisst.» Zumach erinnerte daran, dass bei der UNO-Gründung 1945 lediglich sechs Kerninstitutionen geschaffen worden waren: Die Generalversammlung,

der Sicherheitsrat, der Wirtschafts- und Sozialrat, der Internationale Gerichtshof IGH, der für Streitigkeiten zwischen Staaten zuständig ist, der Treuhänder, der die damaligen Kolonien in die Unabhängigkeit begleiten sollte und schliesslich das Sekretariat. Nur wenig sei vom Völkerbund übernommen worden, wie etwa die Weltgesundheitsorganisation WHO oder die Internationale Arbeitsorganisation ILO. «Alles andere, die Dutzenden von Sonderorganisationen und Spezialprogrammen, in Genf, in New York und Wien bis zum Umweltprogramm in Nairobi, ist erst im Laufe der letzten 70 Jahre entstanden. Und zwar nicht, weil irgendwelche Bürokraten in New York oder Genf Lust dazu hatten, sondern immer als Ergebnis von Debatten unter den Mitgliedsstaaten.» So entstand beispielsweise das UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge UNHCR. 1951 gegründet wurde es geschaffen, um den Deutschen zu helfen, den Ansturm von 13 Millionen Flüchtlingen aus den ehemaligen Ostgebieten des Nazi-Reiches zu bewältigen. «Bei der Gründung war man der Meinung, das Problem sei einzig auf Deutschland beschränkt und so wurde das Mandat des Hochkommissariats jeweils nur um ein Jahr erneuert. Dann kamen jedoch bald weitere Flüchtlingssituationen hinzu und heute ist das UNHCR zuständig für 63.5 Millionen Flüchtlinge und ihr Mandat unbegrenzt verlängert.»

Reform nach Gusto der USA

Hier müsste tatsächlich Remedur geschaffen und sämtliche Organisationen darauf hin geprüft werden, ob sie den heutigen Notwendigkeiten noch entsprechen. «Aber so einer Beschlussfassung müsste eine Prioritäten-Debatte unter der Mitgliedschaft vorausgehen, das kann nicht der UNO-Generalsekretär mit seiner Sekretärin im 38. Stockwerk des UNO-Hauptgebäudes in New York entscheiden.» Trotzdem wurde Kofi Annan seinerzeit auf Druck der USA genötigt, Kürzungen vorzunehmen, weil Washington seine Pflichtbeiträge aus politischen Gründen systematisch zurückbehalten hätte. Ohne entwickelte Prioritätenliste und ohne Vorgaben durch die Mitgliedstaaten sei Kofi Annan nur die idiotischste Methode der Kürzung nach der Rassenmähmethode geblieben: 15%, gleichmässig verteilt über Haushalt und Personal. «Das war dann natürlich das, was man in Washington als vernünftige Reform empfunden hat.»

Eine strukturelle Reform, die diesen Namen verdient, ist nach Meinung von Andreas Zumach bis heute praktisch ausgeblieben: «Da gibt es kaum Bewegung.» Einen Fortschritt immerhin sichtet er bei der erfolgten Umwandlung der Menschenrechtskommission in den Menschenrechts-

rat. «Der Fortschritt liegt vor allem darin, dass mit dieser Umwidmung auch ein Verfahren eingeführt worden ist, unter dem sich erstmals alle Mitgliedstaaten der UNO bezüglich ihrer internen Menschenrechtslage einer regelmässigen Überprüfung unterziehen müssen. So ist es heute nicht mehr möglich, dass zum Beispiel die USA ihre schützende Hand über Saudi-Arabien oder die Türkei legen; alle dreieinhalb bis vier Jahre kommen alle dran.» Wichtig für Zumach ist auch, dass die Mitgliedstaaten des Menschenrechtsrates inzwischen in geheimer Abstimmung durch die UNO-Generalversammlung gewählt werden und sich dort bewerben müssen. «Die Schweiz spielte in diesem Prozess eine ziemlich intensive Rolle, aber es ist eine der wenigen strukturellen Reformen, die wirklich gelungen ist.»

Kontroversen um das Veto-Recht

Was den Sicherheitsrat und das umstrittene Veto-Recht der fünf historischen Atommächte anbelangt, so resümierte Zumach kurz dessen Entwicklungsgeschichte und unterstrich, dass sowohl die UNO-Charta wie auch das darin festgelegte ständige Organ mit seinem Vetorecht ganz wesentlich dem entspricht, was Washington bei der UNO-Gründung in San Francisco vorgegeben hatte. «Die USA haben damals die Zugabteile, Hotels und andern Räume sämtlicher angereicherter Delegationen komplett verwandt, waren auf sämtliche Argumente und Einwände immer bestens vorbereitet und haben die Verhandlungen völlig dominiert.» Würde man heute unter den 193 Mitgliedstaaten eine Abstimmung durchführen, zumal eine geheime, so würden nach Meinung von Zumach um die 175 von ihnen sagen, dieser ständige Sitz mit seinem Vetorecht sei überholt. «Die Crux ist nur, dass sämtliche fünf Veto-Mächte laut Charta einer Änderung ihres Status ebenfalls zustimmen müssten. Das halte ich für völlig unrealistisch.»

So richtig ausgelöst wurde die Debatte in den Neunziger Jahren mit dem völlig überraschenden Begehren Deutschlands, auch einen ständigen Sitz mit Veto-Recht zu erhalten. Die daraus entstandenen Vorschläge, das Veto-Recht generell auszuweiten, hätten, so Zumach, mit Demokratisierung jedoch nichts zu tun gehabt: «Das Veto an und für sich ist eine undemokratische Geschichte.» Der einzige Vorstoss aus jener Zeit, den er mit dem Etikett Demokratisierung versehen würde, stammte von den Italienern. Diese wollten zunächst die Zusammensetzung der jeweils für zwei Jahre eingesetzten Nichtständigen Mitglieder des Sicherheitsrates gerechter gestalten. «Das Modell der Italiener sah vor, die UNO-Mitgliedsstaaten in zehn gleichstarke Untergruppen aufzuteilen und aus diesen alle zwei Jahre nach alphabetischer Ordnung je ein Land in den Sicherheitsrat zu delegieren. So käme jedes Mitglied irgendwann einmal dran.» Das Veto-Recht selbst sollte nach Meinung der Italiener zwar ganz abgeschafft werden, aber allenfalls in intelligenten Schritten, indem während einer ersten Fünfjahresperiode zwei der fünf ständigen Mitglieder das Veto einlegen müssten, damit es wirksam würde, in einer weiteren Etappe dann drei Mitglieder, dann vier und schliesslich fünf: «Ein Veto also, das immer schwieriger zu erreichen wäre bis es irgendwann mal keines mehr braucht.» Kurzfristig regten die Italiener zudem an, sich in der Generalversammlung auf einige wenige Themen zu einigen, bei denen das Vetorecht ausgesetzt würde: «Wenn in irgendeinem Land der Welt nachweislich Völkermord verübt wird, wie beispielsweise 1994 in Ruanda, dann dürfte ein Einschreiten der UNO nicht durch ein Veto verhindert werden können.»

Leider habe sich aus diesem Vorstoss nichts ergeben, meint Andreas Zumach. «Selbst Kofi Annan, der in seinem toten 101-Punkte-Reformprogramm 100 sehr präzise Vorschläge gemacht hat, wollte sich bezüglich Sicherheitsrat nicht auf einen einzigen Vorschlag einlassen und stellte lediglich ein paar Optionen vor. Unterhalb dieser Ebene gibt es aber tatsächlich so einiges, das man in der UNO ändern könnte, ohne dafür die UNO-Charta anzutasten.»

Globale UNO-Steuer

Einer der wichtigsten Reformpunkte sei für ihn die Finanzierung. Der Jahresetat der UNO möge mit 15 Milliarden Dollar zwar erheblich erscheinen, doch müsse man die umgerechnet 2 Dollar pro Kopf der Weltbevölkerung mit den 250 Dollar in Beziehung setzen, die pro Erdenbürger jährlich für Rüstungen ausgegeben würden. Nun machten die Pflichtbeiträge, die den Mitgliedsstaaten nach acht Kriterien wie etwa der Bevölkerungszahl, dem Bruttosozialprodukt und der Verschuldung jährlich berechnet werden, mit insgesamt 3 Milliarden Dollar jährlich nur gerade einen Fünftel des Gesamtbudgets aus. «Die ändern 12 Milliarden, sofern sie dann kommen, bestehen aus freiwilligen und in der Regel zweckgebundenen Beiträgen von Regierungen, die sie gewähren oder eben nicht gewähren. Das Erpressungspotential ist hoch.»

Eine mögliche Lösung sieht Andreas Zumach in der Einführung einer globalen UNO-Steuer. «Bei 0.01% des Bruttosozialproduktes kämen etwa 40 Milliarden US-Dollar zusammen, was ausreichen würde, sämtliche Lücken und Notsituationen zu decken.» Einen andern Vorschlag hätten die Grünen in Schleswig-Holstein vor ein paar Jahren gemacht: «Sie schlugen vor, die UNO mit einer globalen Pro-Kopf-Immissionssteuer zu finanzieren, also die Beiträge je nach CO₂-Ausstoss der Länder festzulegen.»

Rolle der Zivilgesellschaft

Noch einmal unterstrich Andreas Zumach, dass eine Reform der UNO, eine Stärkung ihrer Handlungsfähigkeit und eine Überwindung von Blockaden in bestimmten Situationen nur zu erreichen sind, wenn sich die einzelnen Mitgliedsstaaten anders verhalten. «Das ist so banal wie es wahr ist. Und ein anderes Verhalten kann es nur geben bei ausreichendem innenpolitischem Druck, also durch die Zivilgesellschaft.» Dafür gebe es einige Beispiele, an deren Gelingen viele der Zuhörerinnen und Zuhörer an diesem Weltfriedenstag in Basel direkt beteiligt gewesen seien. Zumach nannte zum einen das Verbot der Anti-Personen-Minen. Jahrelang wurde darüber im konsens-fokussierten Rahmen der UNO vergeblich gerungen. Erst ausserhalb der UNO-Gremien und auf Druck einer weltweiten Koalition von Friedensgruppen konnte schliesslich eine tragfähige Lösung gefunden werden. Zehn Jahre später, wiederum nach ergebnislosen Verhandlungen in der UNO und erneut auf massiven Druck von Friedens- und Menschenrechtsgruppen, entstand das Abkommen über das Verbot von Streumunition, das heute von immerhin 170 Staaten unterzeichnet und ratifiziert worden ist.

Einen weiteren Erfolg der Zivilgesellschaft sieht Zumach in der Schaffung des Internationalen Strafgerichtshofes (IStGH) zur Verfolgung der vier Völkerrechtsverbrechen Völkermord, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und das Verbrechen der Aggression. «Natürlich hat der IStGH seine Schwächen. Das grösste Dilemma ist, dass die USA nicht mitmachen und auch Russland nicht mehr dabei ist. Aber seine Existenz ist trotzdem ein bedeutender zivilisatorischer Fortschritt.»

Fortsetzung Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

UNO vor dem Aus?...

Zumach erinnerte daran, dass bis 1945 Völkermord nicht einmal ein Straftatbestand war. Erst die Tribunale von Nürnberg und Tokio hätten Völkermord definiert und als Straftatbestand kodifiziert. «Dabei blieb es aber. Der Grundsatzbeschluss der UNO-Vollversammlung von 1945, einen Internationalen Strafgerichtshof für die vier Kernverbrechen einzurichten, wurde jahrzehntelang durch die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates sabotiert. Erst in den neunziger Jahren, nach den Verbrechen in Ruanda und in Jugoslawien, war der Druck der Zivilgesellschaft gross genug, damit der Gerichtshof 2002 mit seiner Arbeit beginnen konnte.»

Als grössten Erfolg einer Zivilbewegung und vor allem der Friedensbewegung in jüngster Zeit wertet Andreas Zumach das Verbotsabkommen für Atomwaffen. «Ich finde, dass Ihr mit gesundem Selbstbewusstsein mal sagen solltet: Daran haben wir seit 70 Jahren mit verschiedensten Methoden tatkräftig mitgearbeitet und geholfen, die Voraussetzungen zu schaffen, damit die Atombombe geächtet wird.» Dass 133 Staaten dieses Verbotsabkommen unterstützen, sei ein grosser Erfolg von allen, die sich dafür unermüdlich eingesetzt haben «und viele

davon sitzen jetzt auch hier im Saal», wand der UNO-Journalist den Friedensaktivistinnen und -aktivisten aus den Reihen der Schweizerischen Friedensbewegung einen ganzen Kranz. Natürlich könne man auch hier sagen, das Glas sei nur halbvoll: «Acht der neun Atommächte sind nicht dabei und nur gerade Nordkorea hat – witzigerweise als einzige mutmassliche Atommacht – erklärt, es würde sich dem Verbot anschliessen, falls die andern auch mitmachten.»

Das Modell, dass sich Staaten in der UNO auf genügend Druck ihrer eigenen Bevölkerung in so zentralen Fragen wie der Rüstungskontrolle, der Abrüstung, den Menschenrechten, des Klimas etc. konstruktiv verhalten, ist für Zumach das Modell der Zukunft und er schloss mit der Hoffnung, dass sich ebendieses Modell auch in aktuellen Fragen wie jenen des Waffenhandels und der Einführung von verbindlichen Menschenrechtsnormen für Unternehmen durchsetzen wird. «Die in Ihrem Land laufenden Aktivitäten bezüglich der Waffenausfuhr und die Konzernverantwortungs-Initiative sind genau die Instrumente, die es braucht, damit die Schweiz sich in diesen UNO-Prozessen konstruktiv verhält. Damit stärkt man dann auch irgendwann mal die UNO als Ganzes.»



UNO einmal mehr geschlossen hinter Kuba

US-Blockade erneut verurteilt

Seit 1992 fordert die Generalversammlung der Vereinten Nationen von den USA alljährlich mit wachsender Mehrheit die Aufhebung ihrer Wirtschaftsblockade gegen Kuba. Am 1. November 2018 stimmten erneut 189 Länder der 193 UNO-Mitglieder gegen die Blockade und nur gerade Israel und die USA selbst dafür.

Von M. Kunzman/C. Kliver

Die erneute deutliche Verurteilung der US-Blockade gegen Kuba durch die Mitglieder der Generalversammlung der Vereinten Nationen (UN) in New York ist international begrüsst worden.

Trotz Verzögerungen aufgrund von Änderungsanträgen der US-Delegation wurde die Wirtschaftsblockade am 1. November mit überwältigender Mehrheit zurückgewiesen und verurteilt: 189 Staaten stimmten für die kubanische Resolution zur Abschaffung der 1961 eingeführten Sanktionen. Gegen den Antrag stimmten nur die USA und Israel, während die Vertreter von Moldawien und der Ukraine vor der Abstimmung den Saal verliessen und nicht teilnahmen.

«Die Völker der Welt stimmten für Kuba, denn sie wissen, dass unsere Sache gerecht ist», kommentierte Kubas Präsident Miguel Díaz-Canel die Abstimmung auf Twitter. Damit wurde die Blockade zum 27. Mal in Folge von der grossen Mehrheit der UN-Mitgliedsstaaten verurteilt. Anders als in den letzten Jahren versuchten die USA dieses Mal jedoch mit der Vorlage von acht Änderungsanträgen, in denen die Einführung «voller Bürger- und Wirtschaftsrechte» für kubanische Bürger gefordert wurde, die Abstimmung zu verzögern. Alle Anträge scheiterten jedoch deutlich an der notwendigen Zweidrittelmehrheit, da lediglich die USA, Israel und die Ukraine dafür stimmten, während 114 Länder gegen eine Änderung der kubanischen Resolution waren.

Ursprünglich war das Votum für den 31. Oktober geplant, aufgrund der Anträge der US-Delegation musste die Abstimmung jedoch um einen Tag verschoben werden. Kubas Aussenminister Bruno Rodríguez bezeichnete die Änderungsvorschläge als «unlauteren Trick, um das Wesen und den Fokus der Resolution zu verfälschen». Die Aufteilung in acht Paragraphen, über die einzeln abgestimmt wurde, diene lediglich dazu «Verwirrung zu stiften, Zeit zu schinden und für Ermüdung zu sorgen», so Rodríguez. Auch andere Delegationen äusserten sich in diese Richtung. Der kanadische UN-Botschafter Marc-André Blanchard gab zu bedenken, dass die Vollversammlung «nicht der richtige Ort» für die Änderungsanträge sei. Zambia rief die US-Delegation im Rahmen der Debatte über den Abstimmungsmodus dazu auf, sich an die von ihnen selbst festgelegten demokratischen Spielregeln zu halten.

(Quelle amerika21.de)



argus

«Argus», der Diskussionsclub für moderne Politik der Schweizerischen Friedensbewegung, ist am 18. Juni dieses Jahres gegründet worden. Er trifft sich grundsätzlich einmal pro Monat in Basel.

Unsere Ziele

«Argus» ist eine Plattform für aktive Meinungsbildung, wo friedensrelevante Themen selber bearbeitet, eigene Forschungen gemacht und Resultate kontrovers diskutiert werden.

Der Diskussionsclub ist parteipolitisch, ideologisch und konfessionell neutral und einzig und allein der

Wahrheit und dem Frieden verpflichtet. Er ist offen auch für Nichtmitglieder der Schweizerischen Friedensbewegung.

Anmeldung

Interessierte können sich mit untenstehendem Talon oder hier anmelden: argus@friedensbewegung.ch.

Ich interessiere mich für «argus»

Name _____
 Vorname _____
 Strasse, Nr _____
 PLZ, Ort _____
 E-Mail _____

Bitte einschicken an Friedensbewegung, Postfach 2113, 4001 BASEL

Talon zum Mitbewegen

Name: _____ Vorname: _____
 Strasse: _____ Mail (fak.): _____
 PLZ: _____ Wohnort: _____

- Ich abonniere die UW (Abo-Preis: Mindestens Fr. 12.–/Jahr)
- Ich möchte Mitglied im Verein Schweizerische Friedensbewegung werden (jährl. Mitgliederbeitrag Fr. 20.– inkl. UW-Abo)
- Ich möchte ein Probeabonnement der UW
- Ich verteile die UW. Bitte stellen Sie mir gratis _____ Exemplare der aktuellen Ausgabe zu.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an: Schweizerische Friedensbewegung, Postfach 2113, 4001 Basel, sfb@bluewin.ch

Einige Überlegungen zur Wahl in Brasilien

Kolonialverwaltung gewählt

Der Wahlsieg des ultrarechten Jair Bolsonaro macht Brasilien zur Kolonie des Neoliberalismus und öffnet dem Raubzug des Internationalen Finanzkapitals sämtliche Tore.

Von Franklin Frederick

Ognuno sta solo sul cuor della terra trafitto da un raggio di sole: ed è subito sera. Ein jeder steht allein auf dem Herzen der Erde durchdrungen von einem Sonnenstrahl: und plötzlich ist es Abend.

Salvatore Quasimodo

Anstelle eines Präsidenten der Republik hat Brasilien gerade einen Kolonialverwalter gewählt. Und wie bei jeder Kolonialverwaltung werden auch die Aufgaben der Bolsonaro-Regierung einfach sein:

1. Überwachung des Transfers von Volksvermögen durch Privatisierungen – von öffentlichen Gütern und öffentlichen Unternehmen, einschliesslich natürlicher Ressourcen wie Öl, Mineralien, Wasser usw., zum internationalen Finanzkapital und zu grossen privaten Unternehmen.

2. Gewährleistung der «Sicherheit» in der Kolonie für die Interessen der Metropolen respektive desselben internationalen Finanzkapitals und der privaten Kapitalgesellschaften. Infolgedessen werden einerseits soziale Bewegungen und jeder Versuch, öffentliche Güter und das öffentliche Eigentum an natürlichen Ressourcen zu schützen, kriminalisiert und verfolgt werden. Und um andererseits diese Wirtschaftspolitik der Unterwerfung unter die Interessen der Metropolen zu rechtfertigen, wird mit Hilfe von Fake News und falschen Narrativen ein totalitärer Diskurs eingeführt, der

jeden alternativen wirtschaftlichen Vorschlag oder eine alternative Vision als «Sozialismus», «Kommunismus» oder «Bolivarianismus» abqualifiziert. Jeglicher Widerstand oder die Infragestellung der Privatisierungen und der Kontrolle der Öffentlichkeit durch private Interessen werden unterdrückt.

3. Gewährleistung des absoluten Vorrangs der Rechte der Metropolen über die sozialen und kollektiven Rechte der Bürger und Institutionen der Kolonie. Folglich werden Menschenrechte, Arbeitnehmerrechte sowie die Gesetze und Instrumente des Umweltschutzes untergraben. Kurz gesagt: Beseitigung aller Hindernisse für die räuberische Ausdehnung des Kapitals.

Mit anderen Worten: Die Bolsonaro-Regierung ist gleichbedeutend mit der Einführung des neuen Kolonialismus der neoliberalen Ordnung in Brasilien. In der internationalen Hauptstadt des Neoliberalismus, Washington D.C., müssen die Ergebnisse dieser Wahlen gefeiert werden sein. Ich stelle mir die Euphorie an der Wall Street vor und ihren Drang, die Hand auf die brasilianischen Reichtümer legen zu können... Es war kein Zufall, dass Bolsonaro während seiner Präsidentschaftskampagne mit der Unterstützung und dem Rat eines der grossen Strategen des neoliberalen Ordens, Steve Bannon, rechnen durfte.

Und die Tatsache, dass laut Umfragen so viele Menschen mit Univer-

sitätsausbildung für den Kandidaten Jair Bolsonaro gestimmt haben, bestätigt nur meine alte Überzeugung, dass bestimmte Dummheiten nur nach langem Lernen erlangt werden können. Es ist nicht einfach.

Aber ich gebe zu, es ist schwierig, sehr schwierig, ohnmächtig mitverfolgen zu müssen, wie diese Kombination aus Mittelmässigkeit, Vulgarität und Dummheit das Land erobert und wie sie gefeiert wird.

Wir, die wir offene Augen haben und versuchen, unsere Menschlichkeit zu bewahren und unsern Geist wach zu halten, haben nun die schwierige Aufgabe, vorwärts zu schreiten und den Widerstand fortzusetzen.

Wie in den Versen des italienischen, antifaschistischen Dichters Salvatore Quasimodo, die ich diesem Text vorangestellt habe, sind wir die Träger der Sonnenstrahlen, die in der Nacht, die plötzlich auf das Land fiel, weiter scheinen müssen. Unsere Verantwortung ist jetzt noch grösser und unser Geist muss aufmerksam bleiben.

Internationale Solidarität wird von grösster Bedeutung sein, um dieses Licht in Brasilien und an vielen anderen Orten leuchten zu lassen. Schliesslich will der Faschismus überall, dass wir unsere Menschlichkeit vergessen und uns vollständig der Logik der Kapitalakkumulation unterwerfen. Deshalb ist es so wichtig, sich daran zu erinnern, was Alexander Solschenizyn in «Krebsstation» geschrieben hat: «Der Sinn des Daseins (ist), ungetrübt, unerschüttert und unentstellt das Bild der Ewigkeit in sich zu bewahren, das jedem mitgegeben ist.»

Franklin Frederick ist brasilianischer Journalist und lebt in Bern.

Russland, der Westen und der Zweite Kalte Krieg

«Meinst Du, die Russen...?»

Das Buch «Meinst Du, die Russen wollen Krieg?» von Jörg Kronauer bietet eine akribisch recherchierte Übersicht über die Entwicklung der West-Ost-Beziehungen von der Weimarer Republik bis heute und zeigt schlüssig auf, wie der Westen durch immer neue Schritte Russland in die Enge getrieben hat.

Von Antoinette Mächtlinger

Da will man ein Buch besprechen, und mit voller Wucht platzt die Realität herein: der angedrohte Ausstieg Amerikas aus dem INF-Vertrag (Abrüstung nuklearer Mittelstreckensysteme). Donald Trump begründet seine Absicht damit, die Russen würden sich nicht an den Vertrag halten. Wer den Vertrag gebrochen hat, berichtet am 23.10. die NZZ, wenn auch leicht verklausuliert: Die Russen behaupten seit Jahren, der im Dezember 2015 in Betrieb genommene Stützpunkt in Rumänien zur Abwehr von ballistischen Raketen könne auch mit Marschflugkörpern bestückt werden und stelle deshalb einen Verstoss gegen den INF-Vertrag dar. Theoretisch und rein technisch wäre dies möglich, doch die Amerikaner betonen, sie verfügten dort über keine Offensivwaffen.»

Doch nun der Reihe nach. Der Haupttitel des Buches von Jörg Kronauer, das es zu besprechen gilt, heisst: «Meinst du, die Russen wollen Krieg?» Lassen Sie sich durch den gefühligen Titel nicht abschrecken! Dieses Buch bietet eine akribisch recherchierte Übersicht über die Entwicklung der West-Ost-Beziehungen

Verträge über Flugzeugbau, Munitionsproduktion, ja über die Ausbildung deutscher Soldaten, in enger Kooperation mit der Roten Armee. Auch dem verhängnisvollen Nichtantrittspakt vom August 1939 gingen wirtschaftliche Verhandlungen voraus. Gleichzeitig verfolgen die deutschen Regierungen von der Weimarer Republik bis über den Krieg hinaus konsequent eine antisowjetische Politik; da wird 1929 die Organisation Ukrainischer Nationalisten OUN gegründet, deren militärischer Arm UPA sich dann während des Krieges am Holocaust beteiligt und in Polen wütet. Und sich nach 1945 unter NS-Kollaborateur Stepan Bandera im Münchner Exil neu formiert. 1946 verbünden sich weissrussische, lettische, georgische und zentralasiatische NS-Kollaborateure in München zum antibolschewistischen Block der Nationen (ABN), der vom Bundesnachrichtendienst und aus den USA unterstützt wird.

Andererseits dauert es nach dem 2. Weltkrieg nicht lange, bis die «alte Osthandelsfraktion» (Krupp, Mannesmann, Hoechst...) wieder ihre Fühler in Richtung Sowjetunion ausstreckt, trotz des CoCom-Embargos, das die Ausfuhr westlicher Techno-

Land eine Botschaft in der Ukraine eröffnet. Auch in Tschetschenien ist die Bundesrepublik aktiv, wie ein Geheimdienstexperte berichtet: sie wolle «tschetschenische Karten für den zukünftigen Machtpoker am Kaukasus in der Hand haben».

Zur Wirtschaft einige Stichworte: Chevron ist der erste westliche Ölkonzern, der in Kasachstan ein Joint Venture abschliesst, nämlich 1992. Ein neues Kapitel wird mit der russischen Präsidentschaftswahl im März 2000 aufgeschlagen. Zwei Wochen vor der Wahl trifft sich der Vorstand des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft zu einem 90-minütigen Gespräch mit – Kandidat Putin. Mit Erfolg: Bis 2004 werden Geschäfte für mehrere Mrd. Euro vorbereitet. Ab November 2011 fliesst Erdgas über Nord Stream in die Bundesrepublik. Das Thema wird weiter verfolgt im Kapitel «Der deutsch-russische Energie-Machtblock».

Die NATO-Osterweiterung

Ein ausführliches Kapitel ist der Ostpolitik der USA gewidmet, die ab 1917 mit allen Mitteln versucht, die Sowjetunion zu schwächen. Hier sei nur an die wichtigsten Schritte nach 1991 erinnert. 1994 wird die «Partnerschaft für den Frieden» gegründet, der die Schweiz als «assoziiertes Mitglied» angehört. 1997 bietet die NATO auf ihrem Gipfeltreffen in Madrid drei Staaten Beitrittsverhandlung-

300 Stützpunkte rund um Russland

Der ehemalige Politoffizier der Nationalen Volksarmee der Deutschen Demokratischen Republik und stellvertretender Chef der Militärakademie «Friedrich Engels» Generalmajor a.D. Heinz Bilan erklärte in einem Interview mit RT auf die Frage nach dem militärischen Kräfteverhältnis zwischen Russland und der Sowjetunion:

Nehmen wir einmal die Rüstungsausgaben. Russland gibt jährlich zwischen 60 und 80 Milliarden Dollar für die Rüstung und die Armee aus, die USA 640 Milliarden Dollar. Rechnen wir die NATO hinzu, sind es weit über 900 Milliarden, also das zehnfache im Verhältnis zu Russland. Das ist nicht vergleichbar. Zur Truppenstärke: Russland hat gegenwärtig fünf Militärbezirke und 1,1 Millionen Soldaten unter Waffen. Die NATO hat mindestens das dreifache. Alleine die USA haben 1,3 bis 1,5 Millionen. Zu den Stützpunkten: Russland hat zwei ausländische Stützpunkte im Mittelmeer, in Syrien. Die USA haben rund um Russland 330 militärische Stützpunkte und auf der ganzen Welt 900.

Russland hatte mit den USA einen Vertrag unterschrieben, der die Installation von Antiraketensystemen verbietet. Was machen die USA? Sie stationieren Antiraketensysteme rund um Russland. In Polen und Rumänien werden jetzt neue Raketen installiert. Ausserdem sind in Alaska auch welche gegen Russland gerichtet. Japan und Südkorea sollen folgen.

Man stelle sich vor, die Russen würden in Kanada, Kuba und Mexiko Raketen gegen...ja, gegen wen? Weil die US-Amerikaner sagen, sie würden das gegen den Iran machen. Dann aber wäre es doch viel einfacher, in der Türkei beim NATO-Partner die Systeme zu installieren. Dafür brauchen sie nicht nach Polen zu gehen, wenn sie welche gegen den Iran stationieren wollen. (Quelle de.rt.com)

erläutert. Neu ist die Teilnahme der neutralen Staaten Schweden und Finnland.

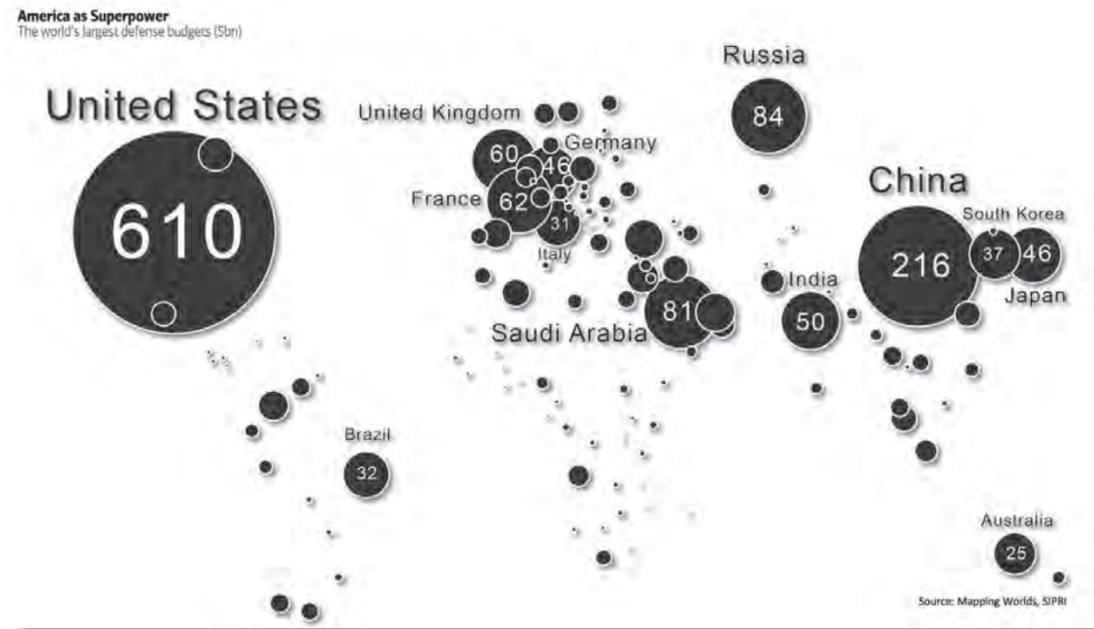
Ukraine

Europa vertritt eigene Interessen: 2002 nehmen die EU-Aussenminister offizielle Verhandlungen über die Anbindung der Ukraine, Belarus' und Moldawiens auf; 2004 wird die «Europäische Nachbarschaftspolitik» erweitert durch Georgien, Armenien und Aserbaidschan. Am 9. September 2008 wird auf dem EU-Ukraine-Sondergipfel beschlossen, die Ukraine an die EU zu «assoziiieren». Das Abkommen verlangt u.a. «Konvergenz» in der «Sicherheits- und Verteidigungspolitik». Jörg Kronauer zeigt viel Verständnis für die Situation Russlands: «Der Umsturz in Kiew Ende Februar 2014 ist für Russland ein schwerer Schlag gewesen, und das in mehrfacher Hinsicht. Wirtschaftlich war das Land mit der Ukraine noch aus den Zeiten der Sowjetunion überaus eng verflochten», und: «Im Falle eines ukrainischen NATO-Beitritts galt Russland als kaum mehr zu verteidigen.» Zu den abtrünnigen Gebieten Donezk und Luhansk meint der Autor: «Dass Moskau beiden «Volksrepubliken», wenngleich es ihnen die staatliche Anerkennung verweigerte, auf die eine oder andere Weise unter die Arme griff – und dies auch im eskalierenden Bürgerkrieg –, das lag deshalb auf der Hand. (...) Parallel führte Moskau mit der Übernahme der Krim seinen ersten grossen Gegenschlag durch.» Zum Vergleich mit der Grenzveränderung in Kosovo sagt Kronauer: «Wie auch immer man die Übernahme der Krim durch Russland völkerrechtlich beurteilt: Moskau hat, bevor es die Halbinsel der Ukraine abnahm, Kiew nicht mit Bomberstaffeln zerstört, wie die NATO es mit Belgrad getan hatte.»

fensiven Strategie wird in den letzten Kapiteln behandelt; das erste der drei trägt denn auch den Titel: «Auge um Auge». Hier werden ultrarechte Studiogäste der deutschsprachigen RT-Sendung «Der fehlende Part» benannt. 2016/17 sind es Frauke Petry (AfD), Götz Kubitschek (Institut für Staatspolitik) und Martin Sellner (Identitäre Bewegung). Offizielle diplomatische Kontakte zur AfD aber werden schon ab September 2014 geknüpft, angefangen mit der Einladung Alexander Gaulands in die russische Botschaft in Berlin. Erwähnt werden auch die Beziehungen Russlands zur österreichischen FPÖ, zu Frankreichs Front National und zu «Kreisen um Donald Trump». Auch der unsägliche «Fall Lisa» ist dem Autor eine Betrachtung wert. Er führt die Kehrtwende der russischen Politik darauf zurück, dass 2013 zahlreiche westliche Botschafter in Kiew Vertreter der rechtsextremen ukrainischen Swoboda-Partei empfingen.

Fazit der Rezensentin

Bis hierher sind wir dem Autor gefolgt in seiner Darstellung von Ursache und Wirkung. Er hat schlüssig aufgezeigt, wie der Westen durch immer neue Schritte Russland in die Enge getrieben hat. Aber bei der Erklärung – ja Entschuldigung – der Unterstützung ultrarechter Organisationen hört unser Verständnis auf.



Die Weltkarte des Grauens: Der Welt grösste Militärbudgets in Milliarden Dollar. Mittlerweile ist Russland gemäss neusten SIPRI-Zahlen hinter den USA, China und Saudiarabien mit 66 Milliarden Dollar auf den vierten Platz gefallen.

(mit einem Schwerpunkt Deutschland/Russland) von der Weimarer Republik bis heute. In der Zusammenfassung mag es trocken klingen, es ist aber sehr flüssig und ansprechend geschrieben. Der Autor Jörg Kronauer, geboren 1968, Soziologe und freier Journalist, lebt in London. Er ist Redaktor des Nachrichtenportals german-foreign-policy.com.

Wirtschaftsinteressen vs. politische Feindschaft

Durch die Lektüre werden zwei Eindrücke vertieft. Erstens: Durch die ganze Geschichte sind die Beziehungen zwischen Deutschland/BRD und der Sowjetunion/Russland geprägt durch wirtschaftspolitische Interessen einerseits und fundamentale politische Feindschaft andererseits. Zweitens: Jeder historische Abschnitt findet unter neuen politischen Bedingungen eine Fortsetzung. Ab 1918 sind Deutschland durch den Versailler Vertrag strenge Handels- und Rüstungsbeschränkungen auferlegt, also schliesst es mit der Sowjetunion zwischen 1925 und 1933 heimliche

logien einschränkt. Mit Willy Brandt und Egon Bahr kommt dann 1969 die Öffnung, die 1972 im Grundlagenvertrag gipfelt. 1970 wird das erste Erdgas-Röhrengeschäft realisiert. Der BRD-Export erreicht 1983 seinen Höhepunkt mit 11,2 Mrd. DM und fällt 1987 auf unter 8 Mrd.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion

Nach dem Zerfall der Sowjetunion, von 1990 – 93, stellt die BRD Moskau 40 Mrd. Dollar für die Transformation zur Verfügung. Russlands BIP aber fällt ins Bodenlose. Eine Katastrophe für die Bevölkerung. Schon im Februar des Wahljahres 1996 ist die Zustimmung für Boris Jelzin im Keller. Da wird eingegriffen mit einem Team von US-Wahlkampfberatern und einem Milliardenkredit aus der BRD. Politisch bezieht sich die Bundesrepublik von Anfang an, «den sowjetischen Zerfallsprozess unumkehrbar zu machen», indem sie im August 1991 diplomatische Beziehungen zu den Baltischen Staaten aufnimmt und im Januar 1992 als erstes westliches

Land an: der Tschechischen Republik, Polen und Ungarn. 1999 erfolgt deren Aufnahme. 2004 werden 7 weitere Staaten aufgenommen, 2009 folgen Albanien und Kroatien, und 2017 als Schlusslicht Montenegro.

Auch die «Farbrevolutionen» kommen zur Sprache: «Das Schema der Farbrevolutionen glich sich: Prowestliche Oppositions-Organisationen schürten breite, anhaltende Proteste, die früher oder später in Massendemonstrationen mündeten.» Organisationen wie Otpor, die u. a. von Soros finanziert werden, nützen die tiefe Unzufriedenheit der Bevölkerung, um nicht genehme Regierungen zu stürzen: Milosevic in Jugoslawien (2000), Schewardnadse in Georgien (2003), Janukowitsch in der Ukraine (2014).

Das militärische Vorpreschen der NATO kann der Leser Schritt für Schritt verfolgen bis zur heutigen «Speerspitze», die rund 5000 Soldaten umfasst und binnen 48 bis 72 Stunden einsatzbereit ist. Sie wird ergänzt durch eine parallele Struktur in Südosteuropa. Ausführlich wird das Nato-Manöver «Saber Strike 2017»



Jörg Kronauer, Meinst Du, die Russen wollen Krieg? Russland, der Westen und der zweite Kalte Krieg, PapyRossa Verlag, Köln 2018, 207 S., ISBN 978-3-89438-650-4. Erhältlich bei Buchhandlung Wasser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel, 061 261 02 89; buecher-waser@bluewin.ch

Fortsetzung von Seite 1

Solidarität mit Syrien...

werden zahlreiche Änderungsvorschläge und Ergänzungen gesammelt, die zum Ende der Tagung Punkt für Punkt diskutiert werden. Die Konsensfindung über diverse Passagen des zentralen politischen Dokuments dauert einen halben Tag. Am Ende ist es neun Seiten stark.

Breites Aktionsprogramm

Der Finanzbericht bleibt ein wenig erbauliches Kapitel, aus dem wir hier kein Geheimnis machen wollen: Die allein aus den nach Zahlungsfähigkeit abgestuften Beiträgen der Länderorganisationen stammenden Einnahmen reichen nach wie vor nicht aus, um die laufenden Ausgaben zu decken. Die Arbeit des Weltfriedensrates wird zu beachtlichen Teilen dadurch ermöglicht, dass das griechische Friedenskomitee das Defizit übernimmt und die Spesen der Repräsentanten des WFR weitgehend von ihren jeweiligen Länderorganisationen getragen werden. Nach weiteren Berichten zur Website sowie der Tätigkeit des WFR in der UNO werden die Aktivitäten für 2019 diskutiert. Der Schwerpunkt liegt auf der Kampagne «YES to Peace – NO to NATO», in deren Rahmen auch die näher rückende Konferenz in Dublin (16.–18. November 2018) gegen US- und NATO-Basen unter der Schirmherrschaft des WFR organisiert wurde, die eine breite Unterstützung durch Friedenskräfte aus allen möglichen ideologischen Richtungen erreichte. In den Regionen soll 2019/2020 das 70-jährige Jubiläum des Pariser Weltfriedenskongresses und der anschliessenden Gründung des WFR angemessen begangen werden (auch die SFB wird als Mitglied der ersten Stunde 70). Die NATO, ebenfalls 1949 gegründet, hält im April einen Jubiläumsgipfel in Washington ab. Es wird die Möglichkeit ausgelotet, eine Parallelveranstaltung des WFR abzuhalten, ein reguläres Treffen bleibt ausgeschlossen, da ein Grossteil der Delegierten kaum Chancen auf eine Einreise in die USA hat. Der WFR kooperiert ebenfalls das von der Kubanischen Friedensbewegung ausgerichtete sechste internationale Seminar gegen ausländische Militärbasen in Guantanamo (4.–6. Mai), eine Konferenz in Belgrad anlässlich der 20 Jahre NATO-Bombardement von Jugoslawien (22.–24. März), sowie im Rahmen der Kampagne zum Verbot aller Atomwaffen die jährliche Weltkonferenz gegen A- & H-Bomben in Hiroshima und Nagasaki. Ins Auge gefasst werden zudem Solidaritätsmissionen nach Palästina, West-Sahara und eventuell Venezuela.

Friedenskampf an der Basis

Was er zur Kritik sage, der Weltfriedensrat halte nur Konferenzen ab und lasse lange Deklarationen heraus, wird Bahman Azad, Vertreter des US-Friedensrats, vom syrischen Fernsehen gefragt. Auch wenn sich diese Kritik nicht ganz von der Hand weisen lässt, möchte ich mich an dieser Stelle Bahmans Entgegnung anschliessen: Der WFR ist eine Dachorganisation, welche die Tätigkeit ihrer Mitglieder koordinieren und die gemeinsamen politischen Linien abstimmen und nach Aussen kommunizieren soll. Die eigentliche politische Arbeit, der eigentliche Friedenskampf kann nur von den Mitgliedsorganisationen selbst ausgehen. Die langen Deklarationen sind ebenso Spiegel der zahlreichen Themen, mit denen sich die einzelnen Organisationen befassen, wie einer insgesamt konfliktreichen und verflochtenen Weltlage, der man kaum auf ein paar Zeilen gerecht werden kann.

Nach Abschluss des Exekutivkomitees stossen weitere Delegierte, vor allem Mitglieder von dem WBDJ angeschlossenen Organisationen, zu uns. An der drei Tage dauernden Soli-



Das Exekutivkomitee des Weltfriedensrates, in welchem seit 2016 auch die Schweizerische Friedensbewegung (SFB) vertreten ist, traf sich am 27./28. Oktober 2018 in Damaskus. Foto J. Jäggi

daritätsmission nehmen insgesamt 92 ausländische Gäste teil, die 55 Organisationen aus 37 Ländern repräsentieren.

Das Programm ist dicht gefüllt mit Einladungen syrischer Offizieller, Besuche formeller, zugleich aber sehr freundschaftlicher Art, die weiterhin von grossem Medieninteresse begleitet werden.

Selbstbestimmung

Die internationale Solidaritätskonferenz mit Syrien, das Herzstück auf dem Programm, hält was der Name verspricht: Solidaritätsbekundungen von allen Seiten mit dem syrischen Volk, seiner Armee und Staatsführung, Verurteilungen der gegen Syrien mittels terroristischer Gruppen geführten, imperialistischen Aggression zum Zwecke des «Regime-Change», Bekenntnisse zum Selbstbestimmungsrecht des syrischen Volks und der territorialen Integrität Syriens. Die grosse Mehrheit der Besucher stellen dabei nicht wir ausländischen Gäste, sondern ca. 400 Studenten der Uni Damaskus, die kräftig applaudieren, jedoch leider nur via offizielle Vertreter zu Wort kommen.

Am Grab des unbekanntes Soldaten legen wir einen Kranz nieder und wir werden vom Zentralkomitee der Baath-Partei empfangen. Wir erfahren, dass die Regierung von der Baath-Partei gemeinsam mit sieben kleineren, darunter auch oppositionellen Parteien gebildet wird. Obwohl die Baath Partei 65 Prozent der Parlamentssitze innehat, habe sie es abgelehnt, die Regierungsverantwortung alleine zu übernehmen. Wir werden vom obersten Parlamentarier, Sprecher der syrischen Volksversammlung Hammouda Sabbagh empfangen, der uns auch den Parlamentssaal besichtigen lässt. Vom Rektor der Universität Damaskus, in deren Räumlichkeiten auch die Tagung des WFR stattfand, werden wir zum Abendessen eingeladen. Er erzählt uns nicht ohne Stolz, dass die Uni während des ganzen Kriegs geöffnet blieb und so trotz Krieg Tausende von Studenten einen Abschluss machen konnten. Im Gewerkschaftshaus erzählt uns der oberste Gewerkschafter von ökonomischen Problemen und der Lage der Arbeiter. Mit der gravierenden Inflation infolge Krieg und Wirtschaftsblockade hätten die Löhne nicht mithalten können. Aus ökonomischen Gründen hätten viele das Land verlassen, die man im Westen als politische Flüchtlinge dargestellt habe. Die Regierung habe einiges unternommen, um die Lage der Arbeiter zu verbessern, so gewährleiste sie beispielsweise, dass Arbeiter, die kriegsbedingt den Arbeitsplatz verloren haben, weiterhin ihren Lohn erhalten.

Im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten empfängt uns Aussenminister Walid Muallem. Bezüglich

der Situation in der von Kämpfern vor allem der Nusra-Front gehaltenen Provinz Idlib bemerkt er, man kooperiere vollumfänglich mit Russland. Die Türkei schein jedoch nicht gewillt, ihre Verpflichtungen im Rahmen der mit Russland vereinbarten demilitarisierten Zone um Idlib wahrzunehmen. Entgegen den türkischen Garantien hätten die Rebellen ihre schweren Waffen nicht abgezogen. Diese Bemerkung ruft gleichentags internationale Reaktionen hervor: Die Türkei weist die Anschuldigungen zurück, von russischer Seite wird später eingestanden, nicht alles laufe nach Plan. Zum Treffen von Merkel, Macron, Putin und Erdogan, das kurz zuvor in Istanbul stattfand und an dem Vorschläge einer künftigen syrischen Verfassung diskutiert wurden, hält Muallem nur fest, die Verfassung Syriens sei die alleinige Angelegenheit Syriens.

Begegnung mit Al-Assad

Am letzten Morgen offenbart sich, was bisher aus Sicherheitsgründen geheim gehalten wurde. Präsident Dr. Bashar Al-Assad persönlich empfängt uns zu einem Austausch von über zwei Stunden. Alle werden wir von ihm einzeln begrüsst. Die Atmosphäre ist freundschaftlich und herzlich, von erhöhter Sicherheitslage ist im Umfeld des Präsidenten kaum etwas zu spüren. Der Mann, der wie kein anderes Staatsoberhaupt international dämonisiert wurde, spricht bedächtig und mit sanfter Stimme. Unsere aus so vielen Ländern zusammengesetzte Versammlung erinnere ihn an die UNO, d.h. nicht an die UNO wie sie gegenwärtig von Ländern im Umfeld der USA instrumentalisiert werde, sondern an eine multipolare UNO, die sie einmal war oder wieder sein könnte. Assad spricht über die Hintergründe des Kriegs und aktuelle Entwicklungen. Ausführlich antwortet er auf Fragen und Anregungen und ich versuche, zentrale Punkte auf einem Notizblock festzuhalten.

Das gefährlichste Werkzeug, um Kriege zu beginnen, seien die Medien, insbesondere bei einer Allianz zwischen Politikern und grossen Medienkonzernen. Der Krieg in Syrien habe mit einer unwahren, verzerrten Idee begonnen, welche die Menschen gegen ein imaginäres Böses aufbrachte. Die fortgeschrittenen westlichen Länder sollten eigentlich ihr Wissen und ihren Fortschritt weitergeben, stattdessen würden sie ihr Wissen monopolisieren und Ignoranz und Armut verbreiten. Der islamische Extremismus habe in den 80er Jahren die USA selbst hervorgebracht. Die wahabitischen Taliban, damals als «Freiheitskämpfer» beschrieben, seien zu den Terroristen von 9/11 geworden, bevor man sie in Syrien als «Revolutionäre» wieder feierte. Die gefährlichsten Anführer der Terroristen seien übrigens

aus Europa gekommen, nicht etwa aus Saudi-Arabien.

Über das Interesse der USA an der Destabilisierung der Region bemerkt Assad, es gehe darum, den Dollar als dominante Währung zu erhalten und den Ölhandel in Dollar sicherzustellen. Die Arabische Liga sei ein amerikanisches Instrument geworden, ein Deckmantel für die Politik des Petro-Dollars. Der hegemoniale Anspruch der USA akzeptiere dabei keine Partner. Europa sei «abwesend», d.h. nicht mehr als ein Anhängsel der USA und ungeachtet der Differenzen mit der Türkei könne Erdogan bei Bedarf herbeigeht werden, um mit einer Intervention die Karten in Syrien neu zu mischen. Auch die Gefahr einer US-Intervention sieht er weiterhin akut, die Lobby von Finanz- und Waffenindustrie könnte Trump zu einem Krieg drängen.

Exekutivkomitee des Weltfriedensrates

Schlussdokument

Das Exekutivkomitee des Weltfriedensrates verabschiedete nach intensiver Diskussion ein ausführliches Kommuniqué, in welchem es den Völkern und Bewegungen aus allen Kontinenten, die in verschiedensten Konfliktsituationen und Zusammenhängen für Souveränität, Menschenwürde und Frieden kämpfen, detailliert seine uneingeschränkte Solidarität ausdrückt. Die Auszüge, die wir nachstehend in einer Übersetzung von Jonas Jäggi bringen, sind in diesem Sinne – auch geografisch – unvollständig. Der vollständige Text kann auf Englisch auf der Webseite des Weltfriedensrates (www.wpc-int.org) nachgelesen werden.

(...) Dass wir das Treffen des Exekutivkomitees in der Hauptstadt von Syrien abhalten, drückt unseren tiefen Respekt und unsere Solidarität mit dem syrischen Volk aus, welches seit über sieben Jahren einer noch nie dagewesenen, koordinierten Aggression von USA, NATO, der EU und ihrer regionalen Verbündeten ausgesetzt ist, einer Aggression, die sich zur Kontrolle des syrischen Gebiets, seiner natürlichen Ressourcen und Transportwege verschiedener bewaffneter, bezahlter Terrorgruppen als Werkzeuge bedient und das Ziel verfolgt, gewaltsam ein willfähiges Regime zu installieren. Das Exekutivkomitee drückt seine Genugtuung über die Niederlage von ISIS und anderer fundamentalistischer Gruppen aus, die ihnen das syrische Volk, seine Armee und Führung zugefügt haben. Wir sind jedoch besorgt über die Situation in den von der Türkei besetzten nördlichen Teilen des Landes, über die starke militärische Präsenz der USA und Truppen aus NATO-Ländern, sowie die anhaltende Präsenz von Terrorgruppen in der syrischen Provinz Idlib. Wir verurteilen die israelischen Luftangriffe auf Syrien, die sich des libanesischen Luftraums bedienen und damit den Libanon in die Gefahr eines ausgeweiteten Krieges bringen. Wir drücken unser Mitgefühl aus mit den Familien von Hunderttausenden

All dies und vieles mehr erklärt Assad nüchtern im Tonfall eines Analytikers. Exekutivsekretär Iraklis Tsavdaridis fasst die Haltung des WFR gegenüber dem Präsidenten zusammen: Unsere Solidarität ist mit dem Syrischen Volk, das alleine das Recht hat, über seine Zukunft zu entscheiden.

Stimmen, die wir sonst nie hören

Nach der den offiziellen Teil abschliessenden Pressekonferenz geht es für mich sogleich wieder auf den Weg mit dem Auto nach Beirut, noch immer beeindruckt von so viel Aufmerksamkeit von Medien und syrischer Prominenz, aber auch von der entschlossenen Unterstützung für ihre Regierung, die weniger hochrangige Syrer uns gegenüber zum Ausdruck brachten. Ich nehme unzählige Eindrücke und Informationen mit, neu geknüpfte Kontakte, Früchte des wertvollen Austauschs mit Vertretern und Friedensaktivisten aus verschiedensten Ländern, der insbesondere zwischen den offiziellen Teilen stattfand. Von unseren Gastgebern bleibt vor allem der Eindruck überwältigender Gastfreundschaft und Brüderlichkeit, Ausdruck einer Genugtuung, dass sie international nicht ganz alleine dastehen.

Ich mache mir keine Illusionen, dass der kurze Einblick, den ich in Syrien bekam, auch nur ansatzweise repräsentativ genannt werden könnte für die Situation in diesem vom Krieg gezeichneten Land. Wir hörten in erster Linie Stimmen des offiziellen Syriens. Fast schon paradoxerweise sind es aber gerade diese Stimmen, die hierzulande am wenigsten gehört werden.

Jonas Jäggi ist Vorstandsmitglied der Schweizerischen Friedensbewegung und UW-Redaktor. Zwischen titel von der Redaktion.

den von Syrern, die ihr Leben lassen mussten, und mit den vielen mehr, die vor den Gewalthandlungen terroristischer Gruppen fliehen mussten. Der Weltfriedensrat unterstützt die territoriale Integrität und Einheit Syriens. Er wendet sich gegen jeden Versuch, das Land aufzuteilen oder zu zersplittern und verurteilt die anhaltende imperialistische Einmischung in die inneren Angelegenheiten Syriens.

Wachsende Ungleichheit...

Die Menschheit durchläuft derzeit kritische Momente für den Frieden und die Sicherheit der Völker und Nationen. Die Aggressivität des Imperialismus wächst beinahe überall in der Welt. Die Verschlimmerung der kapitalistischen Krise intensiviert die imperialistische Aggressivität gegen die Völker. In einer Welt, in der 0,7% der Bevölkerung 46% des Wohlstands besitzen und die ärmsten 70% nur knappe 2,7%, wachsen die Ungleichheiten. Fast 3,5 Milliarden Menschen (die Hälfte der Weltbevölkerung) leben in Armut; 821 Millionen hungern und 758 Millionen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Gleichzeitig steigen gemäss SIPRI die weltweiten Militärausgaben von 2017 auf 1,7 Billionen USD, ein Anstieg von 1,1% gegenüber 2016. Auf die USA allein entfielen 610 Milliarden und auf die

Fortsetzung Seite 7

Fortsetzung von Seite 6

Schlussdokument

NATO-Länder zusammen über 900 Milliarden USD. Ein kleiner Prozentsatz davon würde genügen, um in Afrika und andernorts in der Welt Hunger und heilbare Krankheiten zu bekämpfen und zu eliminieren.

Die USA, die NATO und die EU sind in ihrem Streben nach Weltherrschaft die grösste Bedrohung für den Frieden und die Völker der Welt. Sie sind verantwortlich für den exponentiellen Anstieg der Militärausgaben und den Wettlauf um neue, raffiniertere und zerstörerischere Waffen, insbesondere Atomwaffen. Die Intensivierung von Einmischungen, Bedrohungen, Provokationen und Destabilisierungsoperationen verstärken die Gefahr, dass eine Kaskade von Konflikten ausgelöst wird, die zu grossen und unvorstellbaren Folgen für die Menschheit führen könnten, einschliesslich des Einsatzes von Atomwaffen. Dies kann und muss verhindert werden.

...wachsener Widerstand

Das internationale Szenario bleibt voller Spannungen und Bedrohungen, die mit zunehmender Krise aufgrund der Widersprüche eines ungleichen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systems immer gefährlicher werden. Diese Tendenzen setzen sich fort, weil trotz der schwachen Anzeichen eines Wachstums der Weltwirtschaft die Möglichkeit eines neuen Zyklus der Wirtschaftskrise mit einem intensiveren und synchronisierten Charakter nicht auszuschliessen ist.

Einerseits stehen wir der Offensive der imperialistischen Mächte gegenüber, die um die Weltherrschaft kämpfen und nach den Ressourcen der Völker und Nationen greifen. (...) Andererseits gibt es viele Hinweise darauf, dass der Widerstand und die Kämpfe der Völker, Organisationen, Bewegungen, Länder und Kräfte des Friedens und des sozialen Fortschritts an Intensität gewinnen. Der WFR wird sich um ein möglichst breites Bündnis und gemeinsame Aktionen bemühen, die alle diese Kämpfe für gemeinsame Ziele einbeziehen sollen. Gleichzeitig müssen besondere Anstrengungen unternommen werden, um die Ursachen von Kriegen und ihre Folgen wie Armut, Elend und Ungleichheit ins Bewusstsein der Menschen zu tragen. (...)

Für die Auflösung der NATO

Der Weltfriedensrat wiederholt seine entschiedene Position gegen die NATO als Instrument imperialistischer Welt domination und bewaffnetem Arm von US- und EU-Imperialisten. Die Expansion der NATO nach Osten und Norden, die Einkreisung der Russischen Föderation, mit der Stationierung von Truppen vom Baltikum bis nach Bulgarien und der Installation eines «Raketenabwehrschields» in Polen und Rumänien, eskaliert absichtlich und auf aggressive Weise die Spannungen. Die 2%-Regel des BIP jedes Mitgliedsstaats für Militärausgaben, die am letzten Gipfel in Brüssel ratifiziert wurde, wird bis 2024 zu 250 Milliarden zusätzlicher Militärausgaben durch Kanada und die europäischen NATO-Länder führen. Die NATO als bewaffnetes Werkzeug des Imperialismus hat ebenfalls einstimmig entschieden, bis 2020 30 mechanisierte Bataillone, 30 Luftstaffeln und 30 Kriegsschiffe aufzubauen, die innerhalb von 30 Tagen einsatzbereit sein sollen. Die NATO modernisiert und vergrössert ihr Arsenal mit dem Ziel nuklearer Erstschlagskapazität gegenüber ihren Gegnern. Wir verlangen die Auflösung der NATO und unterstützen die Völker in allen Mitgliedsstaaten, sich von ihr loszusagen. Der WFR wendet sich entschieden gegen die weitere Militarisierung der EU zur Absicherung der Interessen von Grosskapital und

Monopolen, und verurteilt die Pläne für Permanente Strukturelle Kooperation (PESCO) und die «Europäische Interventions-Initiative» als gefährliche Werkzeuge für ausländische Intervention und imperialistische Aggression in vielen Teilen der Welt. Die EU, ob alleine oder gemeinsam mit der NATO, handelt gegen das Interesse ihrer Völker.

Der WFR wendet sich gegen die Pläne der Ausdehnung der NATO auf dem Balkan und den Bau neuer US- und NATO-Militärbasen in der Region, sowie der Vergrösserung ihrer dort stationierten Truppen. Das Exekutivkomitee akzeptiert die indirekte Anerkennung der Unabhängigkeit des US/NATO-Protektorats Kosovo nicht, welches ein Ergebnis des kriminellen NATO-Bombardements von 1999 gegen die Bevölkerung Jugoslawiens darstellt. (...)

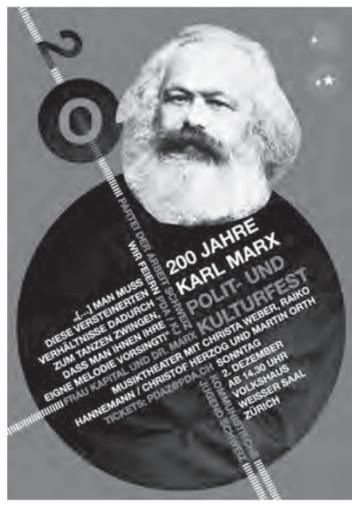
Atomwaffen müssen weg

Der WFR bekräftigt seine prinzipielle Haltung für die Abschaffung aller nuklearen Waffen und gegen jegliche Tests von nuklearen Waffensystemen. Eine der grössten historischen Initiativen des WFR, der Stockholmer-Appell, der aus Sorge über den drohenden Einsatz solcher Waffen von hunderten Millionen Menschen unterzeichnet wurde, bleibt zeitgemäss und weiterhin die Richtlinie für unser Handeln. Der WFR verurteilt die kürzliche Ankündigung von Donald Trump, die USA würden aus dem Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme (INF) von 1987 austreten, der bodengestützte Nuklearraketen mit Reichweiten zwischen 500 und 5500 km verbietet. Dies stellt eine weitere Eskalation imperialistischer Aggressivität dar, ebenso wie die Pläne zur Militarisierung des Weltraums. Der WFR unterstützt den Atomwaffenverbotsvertrag als einen Schritt in Richtung ihrer totalen Eliminierung. (...)

70 Jahre Weltfriedensbewegung

Der WFR wird 2019/2020 sein 70-jähriges Bestehen feiern (1949 Pariser Weltfriedenskonferenz, 1950 Gründung des Weltfriedensrates, die Red.). Seine Geschichte widerspiegelt das Erbe von Tapferkeit und Entschlossenheit der Friedenskämpfer, die vor sieben Jahrzehnten versuchten, nach der Katastrophe von Krieg und Verwüstung und noch nie dagewesenem Leiden so vieler Menschen, eine Welt auf der Grundlage von Demokratie, nationaler Souveränität, sozialem Fortschritt und Frieden neu aufzubauen. Indem wir unsere Geschichte in Erinnerung rufen, denken wir an die Herausforderungen, die vor uns liegen: Gegen die kriegstreibenden Entwürfe imperialistischer Kräfte zu bestehen und zu kämpfen, Frieden, Gerechtigkeit und die Rechte der Menschen zu verteidigen, mit dem Geist von Einigkeit, der benötigt wird, um die maximale Anzahl von Kräften für den Erfolg unserer Sache zu mobilisieren. (...)

(Zwischentitel: Redaktion UW)

**30 Jahre nach dem INF-Vertrag drohen neue Atomraketen in Europa****Welcome back to the Eighties!**

Trumps Kündigung des INF-Vertrags, der 30 Jahre den Frieden in Europa sicherte, ist brandgefährlich. Leidtragende einer erneuten nuklearen Aufrüstungsdynamik wird Europa sein. Diplomatischer Druck und zivilgesellschaftlicher Widerstand sind unbedingt geboten!

Von Leo Ensel

Das kam nicht über Nacht! Trumps Entscheidung vom 21. Oktober 2018, den INF-Vertrag aufzukündigen, hatte sich seit längerem abgezeichnet. Immer wieder hatten der Westen und Russland sich in den letzten Jahren gegenseitig vorgeworfen, den von Michail Gorbatschow und Ronald Reagan im Dezember 1987 abgeschlossenen Vertrag über das Verbot landgestützter Kurz- und Mittelstreckenraketen (Intermediate Nuclear Forces) einer Reichweite von 500 bis 5500 Kilometern zu verletzen.

Der INF-Vertrag ist nicht irgendein Abrüstungsvertrag zwischen den atomaren Supermächten. Dieser Vertrag hat über 30 Jahre lang nichts weniger als den Frieden in Europa gesichert.

Schlachtfeld der Supermächte

Zur Erinnerung: Die erste Hälfte der Achtziger Jahre war die gefährlichste Phase des Kalten Krieges. Bis an die Zähne bewaffnet standen sich die beiden Supermächte USA und die Sowjetunion gegenüber. Keine Seite traute der anderen. Beide rechneten damit, dass der Kalte Krieg früher oder später in einen heissen Krieg umkippen könnte oder gar würde. Unter US-Militärstrategen kursierten bereits Szenarien mit dem Titel «Den Atomkrieg führbar und gewinnbar machen!» Amerikanische Reisebüros bewarben Tourismusreisen auf den Alten Kontinent mit dem Slogan «Besuchen Sie Europa, solange es noch steht!»

Europa, zu beiden Seiten des Eisernen Vorhangs, war vollgestopft mit Atomsprengköpfen. Allein 7 000 auf Seiten der NATO. Jeder einzelne von ihnen ein mehrfaches Hiroshima. Von Osten drohten die sowjetischen SS 20-Raketen. Die Vorwarnzeiten hatten sich nach der Stationierung der amerikanischen Pershing II und Cruise Missiles Ende 1983 auf acht Minuten, nach den Gegenmassnahmen des Warschauer Paktes, der Stationierung von Kurzstreckenraketen in der DDR und der Tschechoslowakei, auf ganze vier Minuten reduziert! Fehlalarme und Missinterpretationen der Massnahmen der anderen Seite waren immer wieder vorgekommen.

Die Menschheit hat grosses Glück gehabt, dass sie allesamt glimpflich verliefen. Im Falle eines absichtlichen oder versehentlichen «nuklearen Schlagabtausches», wie ein Atomkrieg euphemistisch genannt wurde, wäre ganz Europa in eine verstrahlte Wüste verwandelt worden – mit unabherrschbaren Folgen für den ganzen Planeten. In beiden deutschen Staaten, dem Schlachtfeld der Supermächte, wäre buchstäblich kein Stein auf dem anderen geblieben.

Gorbatschows Politik des «Neuen Denkens»

So sah die Situation bis Mitte der Achtziger Jahre aus. Die Wende kam 1985 mit der Administration um Michail Gorbatschow und der von ihr konzipierten Politik des «Neuen Denkens», die das Überleben der gesamten Menschheit zum Dreh- und Angelpunkt der Sicherheitspolitik erhob. Gorbatschow hatte den Mut zur Vision einer atomwaffenfreien Welt und den erklärten Willen aus der Logik des Wetttrübens auszusteigen. Dass er den Hebel als erstes bei den Mittel- und Kurzstreckenraketen in Europa ansetzte und bereit war, zugunsten realer Abrüstungsschritte vom arithmetischen Kleinklein der seit Jahren

festgefahrenen Genfer Verhandlungen abzurücken, war nur folgerichtig.

Am 8. Dezember 1987 war es soweit. Michail Gorbatschow und Ronald Reagan unterschrieben in Washington einen präzedenzlosen Vertrag: Erstmals in der Geschichte des Kalten Krieges einigten sich die Supermächte auf die Eliminierung einer ganzen Waffengattung – und zwar der allergefährlichsten! Sämtliche atomaren Kurz- und Mittelstreckenraketen, die Sowjetunion hatte hier grosse Zugeständnisse gemacht, wurden in der Folgezeit verschrottet. Insgesamt 2 692.



Am 8. Dezember 1987 unterzeichneten Sowjetchef Michail Gorbatschow (links) und US-Präsident Ronald Reagan in Washington den INF-Vertrag. Foto: Ronald Reagan Presidential Library

Damit nicht genug. Der INF-Vertrag setzte eine Dynamik in Gang, die auch substanzielle Abrüstungsschritte im Bereich der konventionellen Waffen und der strategischen Interkontinentalraketen ermöglichte: Im START I-Vertrag, Ende Juli 1991 von Gorbatschow und Reagans Nachfolger George Bush unterzeichnet, einigten beide Seiten sich auf je 1 600 Trägersysteme und maximal 6 000 Atomsprengköpfe. Insgesamt gelang es den Supermächten, ihr nukleares Arsenal um 80 Prozent zu verringern! Wie kürzlich bekannt wurde, war in dieser Phase nicht nur Gorbatschow sondern – man höre und staune! – auch Ronald Reagan zu einer vollständigen Abschaffung aller Atomwaffen bereit. Es folgten die friedlichen Revolutionen in den kommunistischen Staaten Mittel- und Osteuropas, die Mauer fiel und im Dezember 1990 erklärten die USA und die Sowjetunion in der «Charta von Paris» den Kalten Krieg für beendet ...

Das Erbe Gorbatschows an die Wand gefahren

Es ist anders gekommen. Wer auch immer in den letzten Jahren den INF-Vertrag angeblich oder tatsächlich verletzt haben mag – verantwortungsvolle Politik hätte bedeutet, sich mit der anderen Seite an einen Tisch zu setzen, für wechselseitige Transparenz («Glasnost») zu sorgen, den INF-Vertrag zu aktualisieren und gegebenenfalls den veränderten geopolitischen Rahmenbedingungen des 21. Jahrhunderts anzupassen. Stattdessen hat der US-amerikanische Präsident mit der Planierdraue die letzten Reste des politischen Erbes Gorbatschows und der anderen Politiker, die den ersten Kalten Krieg beendet hatten, plattgemacht und fahrlässig an die Wand gefahren!

Jedes Kind kann sich an fünf Fingern die Dynamik abzählen, die Trump durch seine einseitige Kün-

digung des wichtigsten Abrüstungsvertrages der Weltgeschichte entfesseln wird. Schon jetzt ist abzusehen, dass der im Frühjahr 2011 von Obama und Medwedew unterzeichnete New START-Vertrag, der eine weitere Reduzierung der beidseitigen Nukleararsenale auf je 800 Trägersysteme und 1 550 Atomsprengköpfe vorsieht, nach seinem Auslaufen 2021 nicht mehr verlängert wird!

Neue «verbesserte» Mittel- und Kurzstreckenraketen werden in Europa – West und Ost – aufgestellt werden, möglicherweise auch zu beiden Seiten der russischen Grenze im fernsten und fernsten Osten. Verlierer sind in jedem Falle die Europäer, im Worst Case die gesamte Menschheit. Ob im Ernstfall noch ein Stanislaw Petrow das Schlimmste beherzt verhindern

wird oder ob angesichts wieder extrem verkürzter Vorwarnzeiten auch die Entscheidung von Krieg und Frieden schon an Computer delegiert ist, steht noch dahin!

Mit einem Wort: Die Situation wird nie wieder so schlimm sein wie in den Achtzigern, sondern – schlimmer!

Die Emanzipation Europas

Oder ist vielleicht alles doch nicht so gemeint? Blufft Trump wieder nur? Will er die Chinesen auch noch an den Verhandlungstisch zwingen? White House-Astrologie hat die Kreml-Astrologie des ersten Kalten Krieges ersetzt!

Sollte Trump es jedenfalls ernst meinen, sollte er seine Ankündigung vom Oktober tatsächlich wahr machen, dann wird sich auch noch der treueste Transatlantiker in und ausserhalb der EU fragen müssen, ob die Interessen der USA noch mit den Interessen Europas identisch sind! Schliesslich steht nichts weniger als das Überlebensinteresse Europas auf dem Spiel. Sollte es Europa auch mit dem grösstmöglichen diplomatischen Druck nicht gelingen, beide Supermächte wieder an den Verhandlungstisch zu drängen, wird es sich von den USA abkoppeln müssen. Europäische Emanzipationsbestrebungen können nicht länger mit dem Totschlag-Argument, der Westen dürfe sich nicht von Russland spalten lassen, torpediert werden!

Vielleicht wird diese Entwicklung endlich auch wieder eine Friedensbewegung auf den Plan rufen, die diesen Namen verdient. Der Frieden ist bekanntlich zu wichtig, um ihn den Politikern und Generälen zu überlassen

Dr. Leo Ensel («Look at the other side!») ist Konfliktforscher und Autor einer Reihe von Studien über die wechselseitige Wahrnehmung von Russen und Deutschen. Quelle Russia Today / de.rt.com

ISSN 1423-6826
sfb@bluewin.ch
www.friedensbewegung.ch



Unsere Welt

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

Herausgeber: Schweizerische Friedensbewegung SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel
Verantwortlich für die Herausgabe: Martin Schwander
Redaktion: Franziska Genitsch, Julia Hoppe, Jonas Jäggi, Toni Mächtlinger, Ruedi Moser, Martin Schwander, Louise Stebler, Samuel Wanitsch, Monika Waser
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

«Unsere Welt» erscheint viermal jährlich.
Auflage: 5 000
Mail: sfb@bluewin.ch Telefon: 061/681 03 63 Fax: 061/681 76 32
Abonnementspreis: mindestens 12 Franken. PC: 40-1627-7 IBAN: CH72 0900 0000 4000 1627 7

Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg
Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mithelfen.

Wie kann ich helfen?

Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen. Benützen Sie dazu den Talon auf Seite 3. Herzlichen Dank!



COSI-Vizepräsident Carolus Wimmer (links neben Karin de Fries und dem ehemaligen Schweizer Botschafter in Venezuela, Walter Suter) zu Gast an der Jahresversammlung von Alba Suiza 2016 in Biel. Foto albasuiza

Venezuela: Die Friedensbewegung stärkt sich Wir wollen Frieden

Die venezolanische Friedensbewegung und insbesondere unsere Schwesterorganisation, das Komitee für Internationale Solidarität (COSI), stellen sich gegenwärtig neu auf, um die Angriffe auf die Souveränität ihres Landes insbesondere durch die USA besser parieren zu können. Die Schweizerische Friedensbewegung, zusammen mit Alba Schweiz und weiteren Organisationen, steht dem COSI dabei zur Seite (siehe Kasten). Wir haben den COSI-Vizepräsidenten, den Parlamentarier Carolus Wimmer, gebeten, uns die Arbeit der Venezolanischen Friedensbewegung vorzustellen.

Von Carolus Wimmer

Am 2. Februar 2018 verkündete die USA ihre menschenverachtende Strategie, «Kleinere Atomwaffen mit geringerer Sprengkraft zu entwickeln, um flexibler auf Angriffe reagieren zu können». Diese völkerrechtswidrige Aktion richtet sich gegen alle Nationen und Völker, auch gegen Venezuela, das Land, das seit Obama mit Wirtschaftssanktionen und einem direkten militärischen Angriff bedroht ist.

2015 erklärte der damalige Präsident und «Friedensnobelpreisträger» einen «nationalen Notstand» der USA, angeblich gerechtfertigt durch eine «ungewöhnliche und außerordentliche Bedrohung für die nationale Sicherheit und die Außenpolitik der Vereinigten Staaten durch die Situation in Venezuela». Dieses Dekret wurde bisher von Obama und jetzt von Trump jährlich erneuert.

Die venezolanische Friedensbewegung verurteilte diese aggressive, interventionistische und alle Normen des Völkerrechts verletzende Erklärung, die einen direkten Anschlag auf die Souveränität, die Selbstbestimmung und die Unabhängigkeit des Volkes von Venezuela darstellt. Ähnliche Dekrete gingen den militärischen Angriffen gegen Irak, Afghanistan und Libyen voraus.

Diese extrem gefährliche Situation zwang alle Friedenskräfte in Venezuela, sich aktiv und schnell zu mobilisieren.

Eine wichtige Rolle spielt dabei jener Teil der Friedensbewegung, der im Komitee für Internationale Solidarität (Comité de Solidaridad Internacional – COSI) organisiert ist.

Gründung des COSI

Die Anfänge des COSI gehen auf die Zeiten des 2. Weltkriegs zurück, wo in Venezuela durch Sammlungen aktiv gegen den Angriff Nazi-Deutschlands auf die Sowjetunion mobilisiert wur-

de, um dem sowjetischen Volk zu helfen. Nach dem 2. Weltkrieg wurde die internationale Solidarität Venezuelas in der Unterstützung vieler nationaler Befreiungskämpfe, z.B. in Vietnam und Kuba, und dem Aufbau der sozialistischen Staaten sichtbar.

Da aber in diesen Jahrzehnten in Venezuela selbst repressive Militär- und Zivildiktaturen herrschten, die von den USA gefördert wurden, agierten alle linken und fortschrittlichen Parteien und Organisationen im



Am Pariser Gründungskongress der Weltfriedensbewegung vom April 1949 nahmen auch zehn Vertreterinnen und Vertreter Venezuelas teil, darunter das Künstlerpaar Adela Rico und Hector Poleo, doch in Venezuela selbst wurde die venezolanische Friedensbewegung wie alle fortschrittlichen Kräfte jener Zeit behindert und unterdrückt. Erst mit der Gründung des COSI 1971 entfaltete sie ihre Aktivitäten in aller Öffentlichkeit.

Untergrund, auch die sehr aktive Friedensbewegung.

Deshalb wurde das Komitee der Internationalen Solidarität – COSI erst 1971 offiziell gegründet. Die daran beteiligten anerkannten Persönlichkeiten aus dem kulturellen und politischen Leben Venezuelas und Organisationen der Sozialbewegung, liessen sich dabei leiten vom Appell des Welt-Friedenskongresses von Paris im Jahre 1949: «Von jetzt an ist der Friede die Sache aller Völker. Kein Mensch allein und kein Land allein, wohl aber alle gemeinsam vereint, können den Frieden verteidigen und den Krieg verhindern.»

1972 wurde COSI als Mitglied im Weltfriedensrat (WFR) aufgenommen. 2008 organisierte es in der ve-

nezolanischen Hauptstadt Caracas als Gastgeber die Generalversammlung des WFR und den Weltfriedenskongress. Heute ist das COSI aktives Mitglied des WFR-Exekutivkomitees.

Das Programm des COSI

Das Programm der venezolanischen Friedensbewegung, organisiert im COSI, lehnt sich an die Grundsätze der Vereinten Nationen und des Weltfriedensrates an. Es entspricht den Prinzipien der Völker Lateinamerikas und der Karibik, die in der Region eine Zone des Friedens ohne ausländische Militärbasen fordern.

Das Programm umfasst unter anderem:

1. Bekräftigung der internationalen Solidarität und Kampf für den Frieden;
2. Achtung der Menschenrechte und der sozialen Gerechtigkeit;
3. Förderung der friedlichen Integration der lateinamerikanischen Staaten unter Zurückweisung der imperialistischen Monroe-Doktrin;
4. Verbot aller Massenvernichtungswaffen, insbesondere der Atomwaffen, der chemischen und der biologischen Waffen;
5. Auflösung aller ausländischen Militärstützpunkte auf der ganzen Welt;
6. Allgemeine, gleichzeitige, vollständige Abrüstung unter internationaler Kontrolle;
7. Beseitigung aller Formen der Rassendiskriminierung und des Kolonialismus;
8. Verteidigung des für den Frieden wesentlichen Rechts der Völker auf Souveränität und Unabhängigkeit;
9. Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Nationen;
10. Förderung von Handels- und kulturelle Beziehungen, die auf ge-

land, ist dabei vorrangig. Auch die Zeitplanung ist wichtig.

Jede/jeder Verantwortliche soll zusammen mit dem nationalen Vorstand vorrangig folgende Aufgaben bearbeiten:

1. Politisch: COSI soll Themen wie Frieden, Friedensarbeit, Recht auf Frieden (Beschluss 71/189 der Generalversammlung der UNO, Erklärung über das Recht auf Frieden), Frieden und Menschenrechte (Beschluss 32/28 des Menschenrechtsrates. Bericht A/HRC/39/31), Frieden und soziale Gerechtigkeit, Frieden und Verteidigung der nationalen Souveränität, Frieden und internationale Solidarität, etc. bearbeiten und auf die aktuelle Situation in Venezuela übertragen. Die Verantwortlichen sollen die Friedensinitiativen aus Vergangenheit und Gegenwart in Venezuela und der Welt kennen, u.a. die Zusammenarbeit zwischen COSI und Weltfriedensrat, insbesondere in dessen Exekutivkomitee.

2. Organisatorisch: Unter Absprache mit dem Nationalen Vorstand sollen die Verantwortlichen in jedem Bundesland regional und lokal Aktivistengruppen für die Friedensarbeit aufbauen, die zur Massenorganisation anwachsen müssen.

3. Öffentlichkeitsarbeit: Ein Zentrum der Aufgaben des COSI besteht in dem täglichen Kontakt mit sozialen Organisationen (Frauen-, Gewerkschafts-, Studenten-, Bauernbewegung), Persönlichkeiten, Schulen etc. Organisation von Aktionstagen, Konferenzen und anderen Veranstaltungen zur demokratischen Diskussion zu Frieden und Solidarität. Es soll die Zusammenarbeit mit anderen Initiativen (z.B. Kubasolidarität) verstärkt werden.

4. Propaganda- und Medienarbeit: Besuch der Medien, eventuell ein eigenes wöchentliches regionales Radioprogramm (wie es schon im Bundesland Monagas besteht) und die Herstellung anderer Propagandamittel. Die Suche nach didaktischem, digitalem Material speziell für Kinder und Jugendliche hat Priorität. Wenn möglich, soll eine Webseite entstehen.

Das sind einige Vorschläge zur weiteren Diskussion und Verbesserung. Der internationale Austausch, auch mit der Schweizerischen Friedensbewegung, hat dabei eine besondere Wichtigkeit, da wir ja das Rad nicht nochmals erfinden wollen.

Es ist eine Minute vor Zwölf

Mit den neuen Verantwortlichen soll schrittweise in jenen 8 Bundesländern begonnen werden, wo Strukturen bereits existieren (Caracas DC, Monagas, Merida, Sucre, Zulia, Aragua, Miranda, Vargas). Dabei geht es darum, das Bestehende zu sichern und zu verstärken. Parallel wird in den anderen 16 Bundesländern die Organisation ab 2019 mit den neuen Verantwortlichen angepackt.

Wir müssen dabei immer die konkrete Kriegsgefahr durch den USA-Imperialismus mit seiner Monroe-Doktrin, der real existierenden IV. Marineflotte und dem Süd-Kommando des Pentagons vor Augen haben.

Es ist eine Minute vor zwölf.

Kämpfen wir zusammen für den Frieden der Welt!



Präsident der venezolanischen Friedensbewegung COSI ist der 91jährige ehemalige Vorsitzende des Lateinamerikanischen Parlaments, Victor Hugo Morales. Der frühere Marineoffizier und Anführer des als El Porteñazo bekannt gewordenen Militäraufstandes von 1962 wurde an seinem 90. Geburtstag zum Fregattenkapitän befördert.

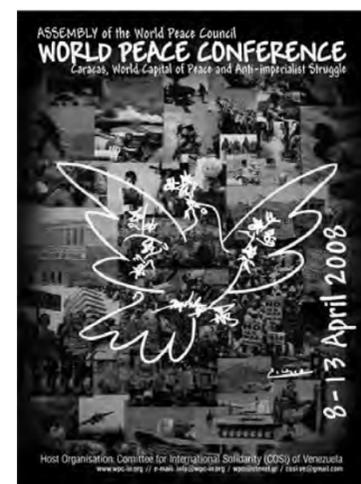
Ihr Friedensfranken für Venezuela

Unsere venezolanische Schwesterorganisation im Weltfriedensrat (WFR), das Komitee für Internationale Solidarität COSI, ist dabei, in sämtlichen 24 Bundesstaaten Venezuelas eine Vollzeitstelle zu schaffen, um die gerade heute so wichtige Arbeit der Friedensbewegung auszuweiten.

Eine Vollzeitstelle wird vom COSI mit jährlich Fr. 720.– veranschlagt (der monatliche Durchschnittslohn in Venezuela beträgt umgerechnet etwa Fr. 40.–). Die Schweizerische Friedensbewegung hat beschlossen – wie zuvor auch Alba Suiza und die PdAS –, eine dieser Vollzeitstellen aus bestehenden Solidaritätsmitteln zu finanzieren. Der entsprechende Betrag konnte dem designierten Exekutivsekretär des COSI, Gabriel Aguirre, anlässlich der WFR-Sitzung von Damaskus Ende Oktober bereits übergeben werden.

Gerne würden wir weitere Vollzeitstellen ermöglichen, sind dabei aber auf die Solidarität von Ihnen, liebe Leserin, lieber Leser angewiesen. Wenn Sie die Arbeit der Venezolanischen Friedensbewegung unterstützen möchten, so bitten wir Sie, auf dem beiliegenden Einzahlungsschein (Vermerk COSI) auch diese Aktion zu berücksichtigen (PC-Konto 40-1627-7 IBAN: CH72 0900 0000 4000 1627 7).

Herzlichen Dank!



Plakat des vom COSI organisierten Weltfriedenskongresses von 2008.